

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für die dreispaltige 10 Pfg., für die einspaltige 5 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20.

Dienstag, den 25. Januar 1898

5. Jahrgang.

## Hierzu eine Beilage

### Zur Beachtung!

Das unterzeichnete Komitee hat beschlossen, daß die Veranstaltung von politischen Versammlungen innerhalb des ihm unterstellten Agitationsgebietes nur durch das Komitee zu erfolgen hat.

Alle diesbezüglichen Wünsche und Anträge sind an Genossen W. Effinger, Johannisstraße 50, zu richten.

Weiter ist beschlossen, daß die in Lübeck vorhandenen Referenten sich zur Verfügung des Komitees zu halten haben und nur von diesem mit dem Abhalten von Versammlungen beauftragt werden sollen. Keinesfalls dürfen selbige sich von jetzt an direct zu irgend einem Vortrage verpflichten.

Wir ersuchen die Leiter von Vereinen und Gewerkschaften, dies genau zu beachten, und sich falls sie eines Referenten bedürfen, mit ihrem diesbezüglichen Anliegen gleichfalls an den Genossen Effinger zu wenden.

Das Reichstagswahl-Komitee.

der sozialdemokratischen Partei Lübecks.

Unterzeichnete Kommission schließt sich obigen Beschlüssen an und ersucht die Gewerkschaften, streng nach denselben zu verfahren.

Die Kartell-Kommission  
der Lübecker Gewerkschaften.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Aus dem Reichstage. Heute am fünften Tage ist die große sozialpolitische Debatte, die der Berufungsverbot des Arbeitercoalitionsrechtes durch den Grafen Posadowsky hervorgerufen — und zu einer der bedeutungsvollsten Reichstagsdebatten gestempelt hatte, zu Ende gegangen. Dem Grafen Posadowsky ist heute kein Gehalt bewilligt worden, nachdem er noch die Kritik von drei sozialdemokratischen Rednern zu hören bekommen hatte. Der Staatssekretär glaubte auf die kritischen Ausführungen des Abg. Wurm über die Mängel der Fabrikarbeitsaufsicht heute antworten zu müssen. Er warf dem Abg. Wurm vor, daß er kein Wort des Lobes für die Arbeitgeber gehabt, sondern geflissentlich nur alles Schlechte über sie aus den amtlichen Berichten herausgezogen habe. Genosse Wurm blieb ihm die Antwort nicht schuldig, er sagte dem Herrn Staatssekretär, daß ihn seine Wähler nicht um die Arbeitgeber zu loben, sondern zur Kritik in das Parlament gesandt haben und in der That kann Graf Posadowsky eine Lobhudelei der Unternehmer wirklich nicht gut von sozialdemokratischen Arbeitervertretern verlangen, mit solchem Ansinnen mag er seinem Freund und Parteigenossen Stumm oder einem Herrn von der nationalliberalen Partei beehren. Außer Wurm sprachen unsererseits noch die Genossen Legien und Peus. Legien sprach die Verhältnisse im Baugewerbe, Peus nahm sich der Arbeiter in den Biegeleien und den besonders gesundheitschädlichen Betrieben an. Die Resolution Lieber und Hige über die Sonntagsruhe in Betrieben mit Wind- und Wasserkraft und die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution Lieber und Hachnick über das Coalitionsrecht der Arbeiter wurden bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Montag wird die Verathung fortgesetzt.

23. Sitzung.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Die zweite Verathung des Spezialrats — Reichsamt des Innern — wird fortgesetzt (Titel: Gehalt des Staatssekretärs.) Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann die Ausführungen des Abg. Wurm nicht unabweisbar lassen. Berichte aus Sachsen-Altenburg, Rhenl. u. L. und Bremen sprechen durchaus für die Thätigkeit der Ortspolizei für Einhaltung der Schutzvorschriften. Ebenso rühmen viele Berichte den günstigen Einfluß der Gewerbe-Inspektoren auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern. Es kommt ja vor, daß die Schutzbestimmungen

nicht eingehalten werden, aber das sind Ausnahmen und es erfolgen auch sehr harte Strafen; so ist in Düsseldorf ein Unternehmer zu 1000 M. verurtheilt (Hört, hört! recht.) Im Vergleich zu andern Staaten ist unsere Gewerbeaufsicht die beste. In Angelegenheit der weiblichen Aufsichtsbeamten verhält sich die Reichsregierung noch abwartend, da die Berichte aus dem Ausland noch durchaus verschieden lauten. Aus Amerika z. B. weit weniger günstig als aus England. Mit Erweiterung der Schutzvorschriften beschäftigt sich das Reichsversicherungsamt seit Jahren. Wenn jedoch die vorgelegten Modelle — in einem Falle 500 — sich als unbrauchbar erweisen, trifft uns keine Schuld. — Die Unfälle sind nur absolut gewachsen, die Anzahl der Todesfälle ist sogar zurückgegangen, auch kommen viele Unfälle auf dem Transport, durch Hinfallen vor, dagegen giebt es natürlich keine Schutzvorschriften. Die Arbeiter müssen eben vorsichtiger sein. Zu meiner Freude hat auch Abg. Singer betont, daß eine Besserstellung der Arbeiter unabweisbar zu konstatieren ist. Ich muß die Herren Sozialdemokraten also schon ersuchen, bei Angriffen gegen die Regierung künftig objektiver vorzugehen.

Wurm (S.D.): Wenn der Herr Staatssekretär das Recht gehabt hat, uns Unobjektivität vorzuwerfen, habe ich wohl auch das Recht, ihm zu sagen, daß er sich irrt. Meine Ausführungen werden durch die Berichte der Gewerbe-Inspektoren bestätigt. In den Berichten derselben steht, daß die Arbeiter die Sprechstunde nicht genügend benutzten, daß die Arbeitgeber für Verstöße gegen die Vorschriften im Allgemeinen zu niedrigen Strafen erhalteten. Vereinzelt Ausnahmen, Fälle, in denen Arbeitgebern hohe Strafen zubilligt wurden, werden von den Beamten sehr hervorgehoben und gelobt. In Betreff der Verwendung der Frauen im Aufschichtdienst ist das „Langsam voran“ des Staatssekretärs sehr zu bedauern. Die Urtheile, die er vorgelesen hat, sind doch recht günstig und könnten und nur ermahnen. Es ist ferner doch Thatsache, daß schon verschiedene Systeme vorhanden sind, die die Unfallgefahr bei Weiblichen wesentlich verringern. Wenn diese eingeführt würden, so würde schon ein wesentlicher Fortschritt erzielt werden. Aber hier spart man, weil diese Einrichtungen den Arbeitgebern noch zu theuer erscheinen. Weiter ist es auch eine durch die Berichte festgestellte Thatsache, daß die Zahl der Arbeiter, die schwer und dauernd verletzt sind, im letzten Jahre größer war, als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Wenn die Beamten zur Begründung ausführen, daß in Folge der allseitigen Geschäftsbewegung intensiver gearbeitet worden wäre, so geht daraus hervor, daß die Arbeiter den Aufschwung der Industrie mit größeren Opfern an Gesundheit und Leben bezahlten, sowohl weil mehr Ueberstunden gearbeitet werden, als auch, weil mehr ungelernete Arbeiter herangezogen werden zu Arbeiten, die ein gewisses Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten voraussetzen. Bevor der Herr Staatssekretär aber den Arbeitern Mangel an Vorsicht vorwirft, sollte er sich doch mehr Einsicht in die tatsächlichen Zustände verschaffen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten wagen es nicht, den Arbeitern einen solchen Vorwurf zu machen. Die Unternehmer sollten mehr Einsicht haben und nicht ungelernete Arbeiter einstellen. Auch andere Maßnahmen sind zur Verminderung der Unfallfälle notwendig als diese Schutzvorschriften, Kürzung der Arbeitszeit, größere Ruhepausen u. s. w. Ich weiß nicht, wer dem Herrn Staatssekretär das Material gegeben hat für die Behauptung, daß der Sonnabend nicht mit Unfallfällen stark belastet sei. Es steht ausdrücklich in den Berichten, daß der Sonnabend, obwohl er nicht als voller Arbeitstag gelten kann, durchweg stark belastet sei. Ist er aber jetzt belastet als nicht voller Arbeitstag, so ist er als voller gerechnet stärker als die anderen belastet. Jeder weiß, welcher sich einigermassen mit Statistik beschäftigt, daß man nicht einzelne Bezirke herausgreifen darf, sondern große Gebiete zusammenfassen muß. Wenn der Arbeiter überlastet und ermüdet ist, dann ist es auch ganz natürlich, daß mehr Unfallfälle vorkommen. Der Herr Staatssekretär, der mir gute Lehren giebt, ich sollte nicht Dinge in die Debatte hineinbringen, die ich nicht beweisen kann, wird wohl nun eingesehen haben, daß meine Behauptungen durch die Berichte bestätigt werden. Zum Lobredner für die heutigen Zustände bin ich freilich weder veranlagt noch hergelandt, und ich werde mir das Recht nicht nehmen lassen, Kritik zu üben und aufzuzeichnen, was Sie heute den Arbeitern von ihren Rechten vorenthalten (Bravo! b. d. Soz.)

Legien (S.D.): Der Abg. Lieber hat auf den Brief Möllers hingewiesen. Ueber diesen mag man nun denken, wie man will, der Gewerbeverein christlicher Bergleute hat gar keinen Grund, auf Andere mit Steinen zu werfen, da er selber im Glashaufe sitzt. Auch bei ihm herrscht der Terrorismus. Auf der letzten Generalversammlung wurde der zweite Vorsitzende von seinem Posten entfernt, weil er dem Pöbelinhandgehen der beiden Gewerksvereine das Wort geredet hatte. Man forderte von ihm, er solle widerrufen oder er sollte aus dem Verband ausgeschlossen werden. Als christlicher Mann konnte er nicht widerrufen und so wurde er ausgeschlossen. Da brauchte man nicht von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu reden. Ich will auch dem Dr. Lieber zugeben, daß zwischen den beiden Gewerkschaften eine Todesfeindschaft besteht. Aber wer trägt die Schuld? Hinter den Jdeen, die einander entgegengesetzt sind, stehen doch die gleichen ökonomischen Interessen der Bergarbeiter. Nehmen Sie nun Veranlassung, besondere christliche Gewerksvereine zu gründen, so hindern Sie die Arbeiter, zu einer besseren Lebenshaltung zu kommen. Sie tragen die Verantwortung, wenn dies den Arbeitern nicht gelingt, denn Sie haben durch Ihre Sonderorganisationen, die Sie aus bestimmten religiösen oder politischen Ueberzeugungen heraus gegründet haben, die Einigkeit des Kampfes zerstört. Sie haben also genug vor der eigenen Thüre zu kehren. Es ist also durchaus unerwünscht, wenn man behauptet, daß die Gewerbe-Inspektion den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter vollkommen entspricht. Beim Baugewerbe, da würden die Schutzvorschriften an sich ausreichen, um eine große Zahl der Unfälle zu verhindern; es dreht sich aber dort darum, daß diese Bestimmungen nicht der geringsten Kontrolle unterliegen. Die Unternehmer haben also nicht nöthig, sich nach den Vorschriften zu richten, da sie ja keine Revisionen zu befürchten haben. Den Berufsgenossenschaften liegt die Pflicht der Kontrolle selber ob, und diese veranlassen eine lächerlich kleine Summe für

die, daß die Beauftragten genöthigt sind, sich eine Nebenbeschäftigung zu suchen, also gar nicht in der Lage sind, die Betriebe wirklich ordnungsgemäß zu kontrollieren. So wird in einem Betriebe für die Kontrolle 40 Pfg. pro Stunde ausgegeben, während die Bauarbeiter doch gewöhnlich 45—70 Pfg. verdienen. Eine 1895 veranstaltete Enquete hat zur Genüge gezeigt, daß eine Revision eigentlich doch nicht vorhanden ist. Man könnte da einwenden: Ja, die Berufsgenossenschaften sollten doch selber ein Interesse daran haben, daß die Schutzvorschriften innegehalten werden, da sie durch die Unfälle ja selbst geschädigt werden. Das ist aber nicht der Fall. Eine reguläre und strenge Kontrolle würde ihnen eben theurer zu stehen kommen, als die erhöhten Umlagekosten für die häufigeren Unfälle. Also deswegen keine Vorsicht, deswegen müssen die Arbeiter Leben und Gesundheit auf's Spiel zu setzen, damit die Unternehmer ein wenig an den Kosten sparen können. Daß dies keine willkürliche Behauptung, dafür kann Ihnen eine große Anzahl von Belegen gegeben werden. Das Landgericht in Stralsund hat in einem Erkenntniß erklärt: die Praxis setzt sich allgemein den Vorschriften der Berufsgenossenschaften entgegen. Auf dem Verbandstage der Baugewerksvereinsgenossenschaften zu Stralsund im Jahre 1895 wurde die Auffassung von allgemein gültigen Normalbestimmungen abgelehnt. Ein Baumeister erklärte: Je mehr und je speziellere Vorschriften wir erlassen, desto mehr geben wir der Staatsanwaltschaft Gelegenheit, gegen die Unternehmer einzuschreiten. Und es liegt doch nicht in unserer Absicht, das hervorzuheben. Der Verbandstag der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaften empfahl nach dieser Richtung hin Vorsicht, damit man sich nicht selber eine Bluthochzeit bindet. Von den Baugewerkschaften haben wir also nichts zu erwarten, solange auch nur die geringste Kontrolle für die tatsächliche Durchführung der Vorschriften fehlt. In vielen Fällen ist noch nicht einmal festgesetzt, wer die Verantwortung zu tragen hat; in Hamburg gilt der Polier als verantwortlich, nicht der Baumeister; in Breslau ist es 1896 gar vorgekommen, daß, als der Maurer Ulrich eine Treppe hinstellte, weil ein Geländer noch nicht angebracht war, Niemand zur Verantwortung gezogen werden konnte, weil Einer immer die Schuld auf den Andern schob, und nicht festzustellen war, wer eigentlich für das Anbringen der Treppe zu sorgen hatte. Wer übernimmt im Allgemeinen die Vorschriften? Die Polizei; und die hat nicht das geringste Verständnis für dergleichen Dinge. Es ist eine nicht zu bestreitende Thatsache: eine ganze Reihe von Unfällen hätte leicht vermieden werden können, wenn nur die Verhütungsmittel genügend befolgt worden wären. Da können Sie freilich sagen: Wir haben doch die Stadtbauämter; denen müssen doch die Pläne und Zeichnungen vorher vorgelegt werden. Aber wie es mit deren Prüfung bestellt ist, geht aus der Erklärung eines Stadtbauamters in einem speziellen Fall hervor: daß da die Zeichnungen vom wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus überhaupt nicht kontrolliert worden seien. Die Bestimmungen, daß die Berufsgenossenschaften diese Vorschriften durchzuführen haben, heißt nichts Anderes, als den Bod zum Gärtner machen. Daher herrschen in dem Baugewerbebetriebe jene kolossalen Mißstände, über die Sie höchstens in der Vorjahre erschienenen Schrift „Die Mißstände im Baugewerbe“ nachlesen können. Und woher kommen diese? Einfach dadurch, daß die Unternehmer einige Grobchen mehr ausgeben möchten, wenn sie die Zahl der Unfälle bedeutend vermindern wollten. Hier sind es nicht die organisierten Arbeiter, die Gewaltthätigkeiten verüben, hier vergehen sich die Arbeitgeber an dem Leben ihrer Arbeitnehmer, um ein paar Pfennige zu sparen. Die Unfälle sind ganz enorm angewachsen und eine ganze Anzahl dieser Unfälle hätte vermieden werden können, wenn die Unternehmer ein paar Grobchen mehr ausgeben wollten, um zum Beispiel die Fenster im Winter zu verglasten. Die Arbeiter müssen in Räumen arbeiten, welche durch Kohlenstaub ausgetrocknet werden und werden in Folge des Quats ohnmächtig. Bei dem Bau der Posthalterei in Gölz, der von einem Regierungsbaumeister Hünze geleitet wurde, ist ein solcher Fall passiert. Für die Gesundheit der Arbeiter sind diese Kohlenstaube immer schädlich. Ein Spezialgesetz zum Schutze der Bauarbeiter ist durchaus notwendig. Außerdem muß die Bauinspektion unter Mitwirkung der Bauhandwerker durchgeführt werden. Die Unfallverhütungsvorschriften sind nicht ausreichend im Baugewerbe. Gerade hier können sie aber leicht verbessert werden. Die Regierung möge sich der armen Bauarbeiter einmal gründlich annehmen. Wenn sie Reformen plane, möge sie dafür sorgen, daß diese nicht wieder bloß den Unternehmern zu Gute kommen. Vielleicht sagt mir der Herr Staatssekretär, was aus der Umfrage wegen des Schutzes der Bauhandwerker geworden ist. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf unsere Enquete fehlt noch eine Antwort; wir warten mit einem Beschlusse, bis sie vollständig vorliegt. Die Berufsgenossenschaften muß ich gegen den Vorredner in Schutz nehmen, daß sie nicht genügend zur Unfallverhütung beigetragen habe.

Abg. Werner (Anti.): Das Interesse des Bauernstandes, des Fundamentes des Staates, muß in erster Linie gewahrt werden. Die Arbeiterfrage kann nur gelöst werden in Verbindung mit der Mittelstandesfrage. Eine große Anzahl Arbeitgeber sorgt vorzüglich für das Wohl ihrer Arbeiter. Redner verlangt Maximalarbeitszeit für Fabriken und weibliche Fabrikinspektoren, er bedauert, daß die Streiks immer weiter um sich greifen.

Abg. Dr. Lieber (C.) wendet sich gegen die Aeußerung des Abg. Legien von der christlichen Liebe. Es heißt: Du sollst den Nächsten lieben wie Dich selbst, nicht mehr als Dich selbst. Die christlichen Bergarbeiter wollen auch getrennt marschieren, wie nach dem Abg. Wurm die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Wir sitzen nicht, wie Abg. Legien meint, selbst im Glashaufe; ich verweise ihn da auf den Brief des Herrn Möller, der insgesammt etwa besagt: Treibt in den Gewerksvereinen Sozialdemokratie, aber unter andern Namen!

Peus (S.D.): Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung kann durchaus von der politischen getrennt werden, aber Sie (zum Centrum) thun stets das Gegentheil: sobald die Arbeiter irgendwie ihre Interessen selbstständig zu wahren beginnen wollen, dann werfen Sie sofort diese Bestrebungen als sozialdemokratisch. Gegenüber dem Abg. Werner, dessen Arbeiterfeindschaft wir bereits



tennen, muß ich bemerken, daß es auch ihm darauf ankommen müsse, möglichst gut bezahlt zu werden, die dann bei besserer Lebenshaltung der Mittelstand mitführen können. Ich begreife ferner nicht, wie man in der Industrie das Verbot, Kinder unter 14 Jahren zu beschäftigen, durchzuführen und in der Landwirtschaft davon absehen kann. Ganz besonders möchte ich Ihre Aufmerksamkeit wieder auf die Lage der Zigarettenarbeiter lenken. Die Verordnung vom Jahre 1898, die sich darauf bezieht, ist veraltet worden. Wir bedauern das. Wir möchten die Bestimmungen erweitert sehen; zum Teil sind diese dagegen verschärft worden. Aus dem Grundgesetz für die Frauen ist z. B. ein Zwölftelstundenverbot geworden. Außerdem läßt die Aussicht der Polizeibehörden viel zu wünschen übrig und zum Teil beruht dies direkt auf pflichtwidrigem Verhalten der Ortspolizeibehörden. Dagegen muß entschieden eingeschritten werden. Die Uebertretungen in den Zigarettenbetrieben sind außerordentlich groß, und es ist sehr zu bemerken, daß die Justiz gegen diese sehr wenig energisch vorgeht, auch da, wo es sich um offene Willkür handelt. Eine Strafe von fünf Mark, die oft verhängt worden ist, bedeutet doch für den Arbeitgeber eine Pappallo, das, was er etwa für ein Verbrechen anlegt. Damit vergleiche man die Strafen für Arbeiter und man erhält Resultate, deren die Justiz sich schämen sollte. Weiter heißt es in den Berichten, daß es den Behörden unmöglich gewesen sei, die Arbeit der Schulkinde in den Zigarettenbetrieben zu verhindern. Da hat sich wenigstens die Schulbehörde in's Mittel gelegt, aber ohne Erfolg. Wenn man sagt, die Eltern wünschten es selbst, daß die Kinder mitarbeiten und hielten diese an, es zu verhindern, so sind die Eltern nicht daran Schuld, sondern die Behörden, die es verhindern mußten. Man sollte die Eltern aufklären; denn die Arbeit der Kinder drückt doch auch nur dem Lohn der Erwachsenen herab. Trotz des Patriotismus zieht man ferner ausländische Arbeiter, Italiener, vor, die dann mit ihren Kindern und Frauen den Lohn drücken. Die schlechte Ernährung, mangelhafte Kleidung und Unreinlichkeit aller Art erzeugen hier ein Proletariat der schlimmsten Art, so sagt der Gewerbeausschuß von Hesse II in Beziehung auf diese Arbeiter. Die Aufsichtsberechtigten haben sich nun gefragt, wie können wir auf die Eltern und durch sie auf die Kinder einwirken? Und da haben die Beamten konstataren müssen, daß die Eltern Niemanden haben, der ihnen zum Verständnis verhilft. Und warum haben sie Niemanden? Weil uns Sozialdemokraten die Agitation unter diesen Arbeitern unmöglich gemacht wird. Wir sagen, die Arbeiter können nur durch sich selbst zu besseren Verhältnissen kommen. Wenn wir das Gute nicht besonders hervorheben, so schadet das nichts. Das kommt von selbst durch unsere Kritik. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist ja eine Folge unserer Kritik. Das hat ja selbst Kaiser Bismarck anerkannt. Den Schutz bedürfen nicht bloß die Kinder und jugendlichen Arbeiter, auch die erwachsenen Zigarettenarbeiter haben ihn dringend nötig. Die Arbeit, bei der sie mit nackten Weinen und Armen in dem nassen kalten Lohm arbeiten müssen, ist sehr aufreibend. Sie leiden noch dazu an überlanger Arbeitszeit und wären schon mit einer Arbeitszeit von 4 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends zufrieden. Das ist gewiß ein beachtenswertes Verlangen. Die Kommission für Arbeiterstatistik mußte sich mit diesen verlassen Arbeitern auf dem Lande, die so sehr der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen sind, beschäftigen. Sie würde bald zu der Ueberzeugung kommen, daß hier Vieles zu bessern ist. Die Wohnungsverhältnisse sind sehr traurig, wenn sich auch in letzter Zeit manches gebessert hat. Im Osten sind die Verhältnisse besonders traurig, dort giebt es feuergefährliche Barackenwohnungen. In einem Raum wohnen da acht ledige Arbeiter und zwei Ehepaare zusammen. Früher wohnten gar 10 Ehepaare in einem Raum. Dergleichen Zusammenwohnungen der Menschen müßte durch gesetzliche Bestimmungen entgegengesetzelt werden. Die Sittlichkeit würde dann mehr gehoben werden als durch die lex Heinze. Kein Wunder, wenn die Arbeiterkinder, die in solchen Verhältnissen wohnen müssen, zu Kindesmörderinnen werden. Nehulich steht es in vielen Zuckerrübenfabriken, da erlaubt es der Profit der Zuckerrüben nicht, für anständige Arbeiterwohnungen zu sorgen. Mit einzelnen Polizeiverordnungen ist da nicht geholfen. Manche Polizeiverwaltung klagt auch, daß es ihr an der gelegentlichen Unterlage zum Einmarschier fehlt. Es fehlt den Arbeitgebern an dem Pflichtgefühl, sonst würden solche Zustände nicht bestehen. Ich möchte die Aufmerksamkeit nun noch auf einige andere Arbeiterkategorien lenken. Bekanntlich liegt den Bäckereimitarbeitern die Bäckereiverordnung schwer im Magen. Aber die Bäder haben den zwölfstündigen Arbeitstag erreicht. Andere Kategorien bedürfen dieses Schutzes aber ebenso wie die Bäder. Da sind zum Beispiel die Arbeiter in den Bleifabriken, die den vergiftenden Bleisäure einathmen müssen. Da giebt es eine Fabrik, der Inhaber ist Kommerzienrat und Vorkämpfer des nationalliberalen Vereins, da arbeiten die Leute von Morgens 6 Uhr bis Abends 11 Uhr, nur in den Monaten Januar bis April wird nicht so angezogen gearbeitet. Die Ueberanstrengung macht die Arbeiter stief bis zur Unkenntlichkeit. Nehulich ist es in den Chloralkalifabriken. Die Leute, die zum Militär sich stellen müssen, sind stets krank und ein Stabsarzt hat einmal gesagt, „da geht doch lieber ins Zuchthaus, als in diese Fabrik“. In Bernburg ist jetzt in einer solchen Fabrik in Folge der sozialdemokratischen Kritik der Achttundentag eingeführt, aber es fehlt an allen hygienischen Vorkehrungsregeln. In anderen Fabriken, eben solchen Verhältnissen, arbeiten die Arbeiter 15—18 Stunden, ja bis 36 Stunden ohne Abkühlung. Da thut es doch wahrhaftig Noth, daß der § 125 der Gewerbeordnung zur Anwendung gelangt. Den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten müßte weitere Verbreitung gegeben werden. Wenn nur die papierernen Paragraphen in die Wirklichkeit überführt würden, wäre schon viel geholfen. Das ist gar nicht spezifisch sozialdemokratisch, sondern hält sich in den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Daß die Entwicklung schließlich zum Sozialismus führt, ist unsere Ueberzeugung. Vorläufig legen wir unsere Kraft ein, um den Arbeitern für den Augenblick zu helfen. Sorgen Sie für guten Arbeiterschutz, das ist besser, als wenn Sie Ihre Kraft in Kolonialpolitik und anderen unpopulären Dingen vergeuden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Redner hätte mir das Material schriftlich übermitteln sollen. (Zuruf rechts: Das Rednerhalten ist ja der eigentliche Zweck!) Ich erkläre mich bereit, alle berechtigten Wünsche zu erfüllen.  
Abg. v. Kardorff (Sp.): Die Herren Sozialdemokraten zwingen uns leider auch wieder zu reden; sie wollen Agitationsreden halten. In der Landwirtschaft werden die Kinder oft auch zur Mithilfe bei der Gartenarbeit der Eltern verwendet, und das gilt dann als Beschäftigung in der Landwirtschaft. Das ist doch eine ganz gesunde Beschäftigung. In sächsischen Konsumvereinen, die vorwiegend aus Sozialdemokraten bestehen, wird außerordentlich über zu lange Arbeitszeit, über ungenügende Bezahlung und schlechte Behandlung der Angelegten geklagt. Da sollten die Herren doch hier ganz ruhig sein! (Beifall rechts.)  
Pöus (Sp.): Wenn uns immer die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine in Sachen vorgehalten werden, so muß ich darauf hinweisen, daß es giebt die sozialdemokratische Presse gewesen ist, die diese Dinge zuerst behandelt und scharf getadelt hat. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hat dies zuerst gethan. Außerdem kann man doch nicht direkt von sozialdemokratischen Konsumvereinen reden, weil ihre Mitglieder vorwiegend Sozialdemokraten sind. Ich habe mich ferner darüber gewundert, daß der Abg. v. Kardorff es fertig bringt, das Rübenziehen der Kinder mit der Gartenarbeit bei den Eltern zu vergleichen. Diese bietet freilich große Abwechslung und findet niemals lange statt wie das Rübenziehen, das von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauert. Den Vorwurf des Herrn Staatssekretärs, wir brächten alle diese Dinge nur aus agitatorischen Gründen vor, muß ich zurückweisen. (Widerspruch rechts.) Nun, Sie thun das schließlich noch mehr. Warum hält denn sonst der Herr von Kardorff seine wer weiß wie oft gehaltene

Bimetallreden immer wieder? Wir wissen, daß das hier gesprochene Wort eine große Weisheit im Lande hat. Nach solche Fabeln, die hier nicht genau worden, werden schnell die richtigen Fährten zu besserer suchen, um der verschärften Kontrolle zu genügen. Die Arbeiter, die die Berichte lesen, werden aufmerksam gemacht und können versuchen, die Fährten zu bessern. Und im Uebrigen ist die Reichstagsdebatte in der That auch dazu da, daß die hier gehaltenen Reden draußen im Lande agitatorisch wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)  
Damit schließt die Diskussion.  
Der Gehalt des Staats-Sekretärs wird hierauf bewilligt.  
Die Resolution über betr. Sonntagsruhe in Betrieben mit Wind- und Wasserkraft und Lieber, betr. Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken, werden hierauf mit großer Mehrheit angenommen, die Abstimmung über die beiden anderen werden bis zur dritten Lesung ausgesetzt.  
Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Lesung des Spezial-Etats.  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Deutsch-chinesisches.** Nach den chinesischen Gewässern geht, wie aus Yokohama gemeldet wird, eine japanische Flotte in Stärke von neun Kriegsschiffen binnen einer Woche ab. — Japan wird jedenfalls im entscheidenden Augenblick ein kräftig Wortlein mitreden. — Noch energischer rüstet das „versteckte Albion“. Die englische Regierung soll beschloffen haben, vom Parlament die Genehmigung für Vermehrung des Personals der britischen Marine um 5000 Mann zu verlangen. Bei dem Jahresessen im Nord-Londoner Rifleklub erklärte Lord Wolseley, er könne sein Ehrenwort geben, daß, falls die Regierung morgen Krieg erkläre, zwei volle Armeekorps zur Einschiffung bereit stehen würden, ehe die Marine die nötigen Schiffe dazu beschaffen könnte. Diese Armeekorps würden aus den schönsten Mannschaften bestehen und besser ausgerüstet und besser eingeebnet sein, als irgendwelche, die jemals die britischen Gestade verlassen haben. — Die „Wachung“ Kiautschau gewinnt erscheinend noch andere Gestalt, als ursprünglich angenommen. Kiautschau soll angeblich ein offener Hafen à la Hongkong werden, welcher jeder Nation offensteht. Man plant, wie es heißt, die Anlage sowohl eines Kriegs- wie eines Handelshafens. Ferner wird in chinasolgerigen Blättern gewünscht, daß man den Platz suche, wo Rom — pardon! das neue Kiautschau — erbaut werden soll.

Die Reichstagskommission zur Berathung der vom Centrum beantragten Novelle zum Strafgesetzbuch (lex Henze) ist heute nach Schluß der Plenarsitzung gewählt worden. Sie besteht aus folgenden 14 Mitgliedern: v. Gustedt, Schall (kons.); Pauli (Sp.); Dr. Kruse, Dr. Bieschel (nat.); Roeren, Letocha, Schwarze, Fuchs (Cent.); v. Dziembowski-Pomian (Pole); Weich, Schulz-Berlin (Fr. Bg.); Bebel (Soz.); Jekrant (Antif.). Die Kommission hat sich sofort konstituiert. Vorsitzender ist Abg. Kruse, Stellvertreter Roeren, Schriftführer tritt am 28. Januar zur ersten Sitzung zusammen. — Die Kommission wird voraussichtlich nur Totengräberarbeit verrichten.

**Delikanten.** Die „Hamb. Nachr.“ machen ihrem Schuttpatron alle Ehre. Sie fordern „rothe Listen“ und gesetzgeberische Maßregeln, wonach Jeder, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, des Wahlrechts verlustig erklärt wird. Hierzu schlägt die „Volks-Zeitung“ die passende Ergänzung vor, das allgemeine Wahlrecht lieber gleich auf den Fürsten Bismarck und die Redakteure seines Moniteurs zu beschränken.

**Die Nordwaffen werden verbessert.** Jetzt ist man bei den Torpedos. Wie die „Kiel. Bzg.“ berichtet, haben im Kieler Hafen interessante Versuche mit einem Autoregulator stattgefunden, der dazu bestimmt ist, dem Geradlauf der Torpedos auf große Entfernungen zu bewirken und somit die Treffsicherheit der Waffe bedeutend zu erhöhen. Die Ereignisse sind in hohem Grade befriedigend ausgefallen. Ein mit solchem Regulator ausgerüsteter Torpedo zeigte, auf 1000 und 1400 Meter Entfernung geschossen, einen unbedingt sicheren geraden Lauf, ohne jede sichtbare Schwankung, trotz des zur Zeit herrschenden unruhigen Seeganges und der dem Schießen von Torpedos nicht mehr günstigen geringen Wasserwärme. — Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung bedarf ja auch keiner Verbesserung, die kann warten.

**Priesterliche Nächstenliebe.** In der am Sonntag, den 16. Januar, zu Gelsenkirchen stattgefundenen Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter hatte Herr Pfarrer Lic. Weber aus W.-Glabach in der Verhandlung gegen den bisherigen zweiten Vorsitzenden Wahl jede Gemeinschaft des Gewerkevereins verbannt abgelehnt und die Verbändler als die Todfeinde des Gewerkevereins bezeichnet. Darauf erwidert ihm Genosse Otto Huß in der „Deutschen Berg- und Hüttenarb.-Bzg.“ treffend:

„Unsere Todfeinde“, so nannte Herr Weber die Bergleute vom alten Verband unter der jubelnden Zustimmung der Delegierten. Ich frage die Verbändler: Sind die Bergleute im Gewerkeverein Eure Todfeinde? Ich frage die Arbeiter im Gewerkeverein: Seid Ihr Todfeinde der Mitglieder des alten Verbandes? Werdet Ihr einen Kameraden, der sich windet unter stürzenden Gesteinsmassen und der Euch als Mitglied des alten Verbandes bekannt ist, umkommen lassen, wenn Ihr

ihm helfen könnt? Denn doch nur so behandelt man einen Todfeind! Man bedenke nur dieses barbarische Wort und überlege, was die Herren Weber und seine Freunde mit den Arbeitern beabsichtigen. Herr Weber, dieses Wort „Unsere Todfeinde“, das wird Ihnen, dem Verkünder der christlichen Liebe, aufliegend, vernichtend zugesprochen werden, wenn die brutale Logik der Noth die künstlich aufgebauten Schranken in der Arbeiterschaft niederschmettert. Einen Scheinieg haben die Herren erforscht, bald wird ihnen diese Erkenntnis kommen.“

Ueber den Zuckerkoll in Amerika schweben besondere Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Nach der „Magd. Bzg.“ gehen die Wünsche der deutschen Zuckerindustriellen dahin, daß von den Vereinigten Staaten eine vertragsmäßige Herabsetzung des dortigen Zuckerkollens um 20 pCt. erlangt werden möge und zugleich die Zusicherung, daß kein Land durch Ermäßigung der Zuckerkollens vor Deutschland bevorzugt werden darf.

Der „beschränkte Unterthanenverstand“ kann sich manchmal doch nicht recht an die unerforschliche Weisheit der Regierenden anpassen. Die „Frankf. Bzg.“ regt sich gewaltig auf über die im preussischen Eisenbahnministerium herrschenden „veraltet patriarchalischen Anschauungen über ihr Verhältnis zum Publikum“, weil nämlich den Zeitungshändlern auf den Berliner Bahnhöfen der Verkauf des Witzblattes „Simplicissimus“ verboten worden ist. Das Blatt bemerkt dazu:

„Eine Behörde nimmt sich also ganz einfach heraus, dem Publikum vorzuschreiben, daß es sich einer an sich erlaubten Lektüre zu enthalten hat! Denn wenn in diesem Blatte ein Rest von gutem Sitten oder ein politisches Vergehen vorhanden ist, so sorgen schon Polizei und Gerichte für die Unterbrechung der Nummer. Die Praxis, auf dem Verwaltungswege zu erzwingen, was man nicht durch Gesetz erzwingen kann, stellt sich in diesem unscheinbaren Beispiele in ihrer ganzen inneren Ungeheuerlichkeit dar. Und das wäre die mißverständliche Begründung eines solchen Verfalls, wenn man das Hausrecht der Eisenbahnbehörde innerhalb der Bahnhöfe so auslegen wollte, daß sie Kraft dessen willkürlich zu bestimmen hätte, was dort verkauft werden dürfe, und was nicht, ganz unabhängig davon, daß dieselbe Lektüre nach den allgemeinen Staatsgesetzen erlaubt ist. Denn eine Eisenbahnbehörde ist eine objektive Institution, für die es eine unverantwortliche Willkür, wie Einzelpersonen sie innerhalb ihrer Rechtsphäre üben dürfen, nicht giebt und geben darf. Sie hat nicht für die moralische oder politische Rechtgläubigkeit des Publikums zu sorgen, sondern es diesem zu überlassen, ob es gute oder schlechte Blätter lesen will, solange das Gesetz diese gestattet. Sonst kämen wir in der genannten Konsequenz eines solchen, sehr nach Rußland riechenden Patriarchalismus noch dahin, daß die Behörde eines öffentlichen Gartens ihr Hausrecht dazu benutzte, die Lektüre des „Simplicissimus“ auf den Bänken dieses Gartens zu verbieten.“

Warten wir ab, verehrte Frankfurterin! Es riecht in Deutschland schon so sehr nach Fuchtleber, daß wir von solchen idyllischen Zuständen vielleicht garnicht so sehr weit mehr entfernt sind.

In der bayerischen Kammer gab der Minister Crailsheim seiner tiefsten Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten Ausdruck. Mit äußerster Schärfe wendete er sich gegen den Antrag der sozialdemokratischen Kammerfraktion auf Besserstellung der Eisenbahner, und sagte, die sozialdemokratische Partei werde niemals zufriedengestellt. Wenn heute die Gehälter verdoppelt würden, kämen die Sozialdemokraten mit der Forderung, sie zu verdreifachen. „Auf die Zufriedenheit der Arbeiter, die unter dem Druck der Sozialdemokratie stehen, müssen wir ein für Mal verzichten.“

Daß der Herr Minister sich über die unerbittlichen Mahner ärgert, wollen wir ihm nicht verdenken. Indessen werden die Weichensteller, Schaffner, Heizer, Lokomotivführer u. s. w. dennoch der Meinung sein, daß selbst eine Verdoppelung ihrer Gehälter sie noch keineswegs so günstig stelle, wie jene Beamten gestellt sind, die gelegentlich einmal eine Dienstreise im Koupee erster Klasse machen, und die pathetische Rede des Herrn wird ihnen immermehr die Ueberzeugung davon beibringen können, daß sie ausreichend besoldet werden. Den sozialdemokratischen Antrag begründete Genosse Segitz. Er betonte nach der „Frankf. Bzg.“ in längerer, allgemeine Aufmerksamkeit erregender Rede die Nothwendigkeit einer allgemeinen Lohnaufbesserung der Eisenbahner. Er beantragte, die Normalarbeitszeit in den Betriebs- und Centralwerkstätten auf täglich 9 Stunden festzusetzen und Ueberstunden mit 20 pCt. Zuschlag zu bezahlen. Ferner begründete er den sozialdemokratischen Antrag auf Lohnaufbesserung der Hilfsbediensteten wie der nothwendigen Arbeiter und Bahnunterhaltungsarbeiter um 10 pCt., Einführung von höchstens 10stündiger Arbeitszeit, Ueberstundenzahlung mit 20 pCt. Zuschlag, jährlich achtägigen Urlaub ohne Lohnabzug, Errichtung von Arbeiterwohnungen bezw. Zahlung von Wohnungsgeldzuschüssen, endlich Gewährung des Koalitionsrechtes. Redner sprach u. A. auch von dem Eisenbahnverbaud, den das Centrum für seine Parteizwecke ins Leben gerufen und dem es alles Mögliche versprochen habe. Aber Theorie und Praxis sei auch hier beim Centrum etwas anderes. Das Centrum habe sich nicht bewegen gefühlt, einen Antrag wegen Regelung von Arbeitszeit und Lohn einbringen, weil, wie ein Centrumsabgeordneter sagt, eine Erhöhung der Eisenbahnerlöhne eine Steigerung der Löhne der Dienstboten zur Folge haben könnte. Bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei den Bodenzinsen, wisse das Centrum anders in der Kammer aufzutreten. Deshalb habe die sozialdemokratische Fraktion viele Beschwerdeschriften aus der Mitte des katholischen Eisenbahnverbandes erhalten. Redner führt es ziffermäßig aus, daß die einschlägigen Löhne thatsächlich zum Theil sehr gering seien. Derartige Darlegungen sind natürlich in den Augen



der „Maßgebenden“ um so „verheßlicher“, weil sie eben sich auf unanfechtbares Material stützen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

24. Januar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Depfert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübeck die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.

S. A.:

R. Schenk, Leberstraße.

Wie steht's um die Verbreiterung der Hofstraßen? Ueber diese Frage läßt sich auf der Eselswiese des „Gen.-Anz.“ ein Anonymus x aus. Er ist der Ansicht, daß durch das Genossenschaftsprojekt unseres Reichsboten die Interessenten nur vom Regen in die Traufe gekommen sind, und begründet das, wie folgt:

Zu einer Eingabe an die Bürgerschaft wird nämlich für diese Genossenschaft das Enteignungsrecht gefordert. Da auf Grund früherer Vereinbarungen die Stadt aber schon lange mit den in Frage kommenden Hausbesitzern außer einem einzigen betreffs der Preise einig geworden ist, so fragt man sich mit Recht erstaunt, warum eigentlich das Enteignungsverfahren für die Genossenschaft verlangt wird. Etwa wegen des eines Hausbesitzers, mit dem bisher eine Einigung nicht erzielt werden konnte? Das ist kaum anzunehmen. Es liegt deshalb die Bestätigung nahe, daß die betr. Gesellschaft die früheren Vereinbarungen mit den übrigen Grundstücksbesitzern ignorieren und neue Preise — nämlich niedrigere — stellen will. Und wenn einem Hausbesitzer der gebotene Preis zu gering vorkommt, so wird ihm ganz einfach die Pfote geknallt, das Enteignungsverfahren, auf die Brust gesetzt und er muß. Sollte sich etwa dann bei einem solchen eintretenden Falle ein Bürgergenossenschaftsmitglied finden, das Einspruch gegen die Vergewaltigung erhebt, so wird das nicht viel nützen. Der Senat kann sich dann hinter dem Sage verchanzen: Darauf haben wir keinen Einspruch, das ist Sache der Genossenschaft. Wie ist nun die Genossenschaft beschaffen? Herr Dr. Gaby, Mitglied des Finanzdepartements, soll Direktor oder Leiter derselben werden. Was ist nun natürlich als das, daß Herr Dr. Gaby in seiner Eigenschaft als Finanzdepartementsmitglied wenig Geld aus dem Stadtsäckel heraus zu geben gewillt ist. Die Preise für die angekauften Grundstücke werden ihm deshalb nicht niedrig genug bemessen werden können. Ein weiteres Mitglied der Genossenschaft soll Herr Maurermeister Blum werden. Bekanntlich ist Herr Blum Vorsteher der vom Bürgerausschuß gewählten Kommission zur Verbreiterung der Hofstraßen. Als Maurermeister hat Herr Blum naturgemäß das größte Interesse an dem Zustandekommen des Planes und wird auch deshalb geneigt sein, etwaige durch zu niedere Preise hervorgerufene Widerstände gegen das Enteignungsverfahren zu bekämpfen. Wie sehr Herr Blum sein Geschäft am Herzen liegt, hat er ja schon bewiesen. War er doch einmal Morgens als Vorsteher der Kommission zu einem Hausbesitzer in der Hofstraßen gekommen, hatte sich hier über Bauverhältnisse informiert und nachmittags schon war der betr. Hausbesitzer im Besitze einer Rechnung über den Umbau seines Hauses. Infolge all dieser Verhältnisse ist jetzt die Erbitterung unter den Interessenten sehr groß. Fort mit dem Enteignungsverfahren; fort mit der Genossenschaft. Wäge der Staat die Sache selbst in die Hand nehmen. Die Eingabe ist ja schon erzielt bis auf einen einzigen Handbesitzer und auch dieser wird ohne Enteignungsverfahren berechtigten Forderungen nicht taub sein. Wenn eine Genossenschaft die Sache in die Hand nimmt, wird sie möglichst viel „herauskriegen“ und da ist es Pflicht des Staates seine Bürger vor Ausbeutung zu schützen.

Der Erguß ist höchst erbaulich zu lesen und wirft auf gewisse Verhältnisse ein recht eigenartiges Licht. Für uns ist er insofern von Interesse, als er bestätigt, daß sich die Nächsthetheiligten jetzt auf den Standpunkt zu stellen beginnen, welchen wir von vornherein zu der Angelegenheit einnahmen. Wir vertreten selbstverständlich nach wie vor die Ansicht, daß der Staat hier unbedingt zu selbständigem Handeln verpflichtet ist. Weiter aber liefert uns das „Eingefandte“ einen neuen, sicheren Beweis dafür, wie dringend notwendig es ist, daß einmal in die Bürgerschaft Leute gewählt werden, welche den Muth haben, bei solchen Gelegenheiten einmal die ungeschminkte Wahrheit zu sagen und den Projektmachern und „patriotischen“ Unternehmern gründlich heimleuchten, wenn sie in voller Parade erscheinen. Es ist höchste Zeit, daß ein Hecht in den Karpfenteich kommt!

Die „Eisenbahn-Zeitung“ wußte schon am Sonnabend Abend zu melden, daß am Sonntag der Lübecker Reichstagswahlkreis durch sozialdemokratische Flugblätter überschwemmt werden würde. Sonderbarer Weise schrieb sie dazu: „Abwarten, ob es stimmt!“ Da würden wir dem Blatt doch raten, den Spezialberichterstatter einmal gehörig vorzunehmen. Wenn man diskrete Mittheilungen erhält, muß man doch seltens von der Richtigkeit überzeugen sein, und nicht „abwarten“, ob's auch wirklich wahr ist! Uns macht am meisten Spaß die kindische Freude des in letzter Zeit so oft gekränkten S. H. über das „entdeckte Geheimniß.“

Der Hauptgrundzug der Lübecker Kaufmannschaft. In einer Gerichtsitzung des Landgerichts, Strafkammer in Berufungssachen, erklärte nach dem „Gen.-Anz.“ der Präsident:

Treue und Redlichkeit ist ein Hauptgrundzug der Lübecker Kaufmannschaft. Ueberall ist das bekannt. Jeder, der die Ehre hat, der Lübecker Kaufmannschaft anzugehören, muß aber auch danach handeln, wenn das Gericht ist sehr geneigt, den Ruf der Lübecker Kaufmannschaft nach dieser Richtung hin zu schärfen.

Wir wollen an der Richtigkeit dieser Angaben gar nicht zweifeln, müssen aber erklären, daß wir es für besser erachten würden, wenn derartige allgemeine Sentenzen vom Richtertische aus nicht fielen. Dort gehören sie u. E. nicht hin.

Zeichen der Zeit. In Haft geriethen wegen Betteln 9, in Schubhaft wegen Obdachlosigkeit 2 Personen.

Durch einen Rohrbruch in der Hauptleitung vor dem Mühlenthor entstand gestern Nachmittag ein unangenehmer Wassermangel in der Stadt.

Vorsicht! Falsche 6-Mk.-Stücke sind im Umlauf, Bild Wilhelm I., Münzzeichen B, Jahreszahl 1876, Erkennungszeichen: dunkle Färbung, schlechter Klang, leichtes Gewicht, Fehlen der Inschrift am Umrand.

Vom Tage. Zwei Wilderer, welche sich an einer bereits ausgeweideten Wicke zu schaffen machten, traf ein Förster im Gehege Bartelsholz bei Niendorf. Unter Zurücklassung ihrer Jagdgeräthe entkamen die beiden.

Leichensund. Am Sonntag Vormittag um 10 Uhr wurde in der Trave nördlich der Struckfähre die Leiche eines in der Engelswisch wohnenden ledigen Schneiders H. aufgefunden und in die Leichenhalle im Marstall überführt. H., welcher total Krüppel ist, hat, wie uns berichtet wird, in einem Anfälle von Tiefsinn seinen Tod gesucht und auch gefunden.

Eine Kindesleiche, welche schon stark in Verwesung übergegangen war, wurde gestern Mittag unterhalb der Braunstraße aus der Trave gezogen.

Warnung. Amtliche Organe Preußens bringen nachfolgende dem allgemeinen Interesse recht dienliche Publikation: „Seit einiger Zeit wird in den Blättern in markt-schreierischer Weise, gegen die verschiedensten Krankheiten, ein sogenanntes „Volkstkreuz“ angepriesen. Dasselbe wird zum Preise von 1,50 Mk. und mehr verkauft. Der wirkliche Werth des aus zwei Metallplättchen und einem dazwischen liegenden Filz- oder Tuchstückchen bestehenden Kreuzes dürfte höchstens 20 Pfg. betragen. Irigendwelche Heilwirkungen kommen dem „Volkstkreuz“ nicht zu.“

Holzverkäufe. Am Donnerstag, den 27. d. Mts., Vormittag 11 1/2 Uhr, sollen aus dem Forstschutzbezirk Schwinkenrade im Hause des Gastwirths Kubach in Curau öffentlich meistbietend verkauft werden: circa 40 Rmtr. agf. Buchen Knüppelholz, 44 Haufen agf. Buchen Abfallbusch, 9 Rmtr. Fichten Knüppelholz, 27 Haufen div. Weichholz Busch, 44 Haufen Eichen Abfallholz, und am Sonnabend, den 29. d. M., Vormittags 10 Uhr, aus dem Forstrevier Waldhusen im Wellis'schen Gasthause daselbst: 82 Rmtr. agf. Buchen Knüppelholz, 39 Haufen agf. Buchen Buschholz, 1 Rmtr. agf. todenes Eichen Knüppelholz, 182 Raummeter Nadelholz Knüppelholz, 5 Cav. Fichtenstangen Kl. 1 — 60 Stück (Weiterbäume), 25 Cav. Fichtenstangen Kl. 1 — 625 Stück (härtere Schleete), 14 Cav. Fichtenstangen Kl. 2 — 525 Stück (geringe Schleete).

Reinfehd. Eine öffentliche Volks-Versammlung tagte hier selbst am Sonntag Nachmittag im „Bahnhof-Hotel“. Obwohl dieselbe nur durch das Lokalblatt bekannt gegeben war und das Wetter ein geradezu miserables war, hatten sich doch etwa 120 Personen, darunter viele Arbeiter aus den umliegenden Dörfern, eingefunden, welche mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten Genossen Kasch-Lübeck lauschten. Der Redner sprach über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“. Nach einer scharfen Kritik der Leistungen des jetzigen Reichstags und der bürgerlichen Parteien entwickelte er in großen Zügen das Programm der Sozialdemokratie und wies unter lautem Beifall der Anwesenden die landläufigen Verläumdungen zurück, welche gegen unsere Parteinamentlich auf dem Lande ausgestreut werden. Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort, was dem Genossen Kasch Veranlassung gab, in seinem Schlusswort, welches in der Aufforderung ausklang, am Entscheidungstage für die Wahl des Genossen Weinheber einzutreten, die Kampfweise der Gegner noch einmal scharf zu kritisieren. Nachstehende aus der Mitte der Versammlung eingelaufene Resolution ward einstimmig angenommen:

„Die am 23. Januar im „Bahnhof-Hotel“ tagende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verspricht, für die Wahl des Kandidaten der sozialdemokratischen Partei im 9. Wahlkreis, Herrn Paul Weinheber-Hamburg, thätig eintreten zu wollen.“

Bemerkt zu werden verdient noch, daß während des Vortrags auf polizeiliche Anordnung ein Lehrling das Lokal verlassen mußte.

Oldesloe. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde die Abrechnung genehmigt. Dann wurden Linke als Vorsitzender, Bill als Kassirer, Burmeister als Schriftführer, Lüding und Friede als Visiter, Koop und Vogt als Obmänner gewählt. Der Bohfort der „Harmonie“ soll aufrecht erhalten werden. Als empfehlenswerthe Lokale gelten „Belikan“ und Bründel (Reithwischhof), ferner Arnott (Reithwischer Mühle).

Hamburg. Die Faust in der Tasche. Im Journalisten- und Schriftstellerverein wurde der Fall Brauns-Rankau eingehend erörtert und folgende Resolution angenommen: „Die Hauptversammlung des Journalisten- und Schriftsteller-Vereins für Hamburg-Altona erklärt das Benehmen des Grafen Rankau gegen den Inspektor Brauns für eine Beleidigung des gesammten Presseberufes. Sie protestirt energisch gegen diese Ueberhebung, schließt sich der ausnahmslosen Verurtheilung des Verhaltens des Grafen Rankau in der deutschen Presse ihresorts an.“ Derwegen werden die „in ihrer Ehre gekränkten“ Herren doch wieder nach dem „Lustkum im Sachsenwalde“ pilgern und nachher Weibrauch in schweren Menen streuen, wenn das Geschäft es gebietet verlangt.

Altona. In Sachen Lange-Bismarck ist seitens des Gerichts nunmehr angewendet worden, daß

der Oberpräsident Graf Wilhelm Bismarck über die in dem jüngsten Termin vorgebrachten, das Verhältniß des Fürsten Bismarck zum Oberbürger Lange betreffenden Fragen als Zeuge vernommen werde.

Ottensen. Eine Protestversammlung gegen die Marinevorlage tagte am Donnerstag Abend in „Karlsruhe“. Reichstagsabgeordneter Gen. Büß referirte unter lebhaftem Beifall. Eine scharfe Resolution gegen die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Susum. Nun haben sie den Anderen! Wie verlautet, haben sich die Nationalliberalen des Wahlkreises Susum-Londern auf die Person des Amtsvorstehers Lönies als Reichstagskandidaten vereinigt. — Sein Rivale war bekanntlich ein Amtsrichter. Ob hier vielleicht die weitverbreitete Abneigung gegen die Juristen mit im Spiele war? Oder sollten agrarische Interessen ausschlaggebend gewesen sein?

Meldorf. Lohnbewegung der Maurer. Vor einiger Zeit unterbreiteten die hiesigen Maurer den Meistern einen Lohnantrag mit der Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit. Es haben nunmehr die Meister die Forderungen der Gesellen bewilligt. Die Arbeitszeit beträgt darnach 10 Stunden, von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, mit 1 1/2 Stunden Mittags- und je 1/4 Stunde Frühstück- und Vesperpause, der Stundenlohn 35 Pfg. — Hoffentlich geht es überall so glatt ab.

Flensburg. Ist's möglich! Ein Nachtwächter Krenpühl wurde zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er aus einer Versammlung kommende Tischler arg mißhandelt hatte. Bei Begründung der Anklage sagte nach der „Schleswig-Holst. Volksztg.“ der Staatsanwalt, es müsse mildernd in Betracht gezogen werden, daß die geprägten Tischlergesellen Sozialdemokraten seien und es deshalb begreiflich wäre, wenn auch nicht zu billigen, daß der Wächter sich an ihnen vergangen habe (!) Er (der Wächter) habe aber nicht die Hand, sondern die Waffe gebrauchen müssen! Auch der Verteidiger des Angeklagten griff die Tischlergesellen in ähnlicher Weise an, indem er betonte, daß dieselben gesungen und geöhlt hätten, wodurch der Wächter gereizt wäre, welche Anschuldigungen aber nicht einmal von den Entlastungszeugen des Angeklagten bewiesen wurden. — Derartige Ausprüche können uns nur gelegen kommen!

Oldenburg (Großherzogth.). Der national-liberale Reichstagskandidat, Herr Dr. Semler-Hamburg, hielt am Mittwoch seine Antrittsrede. Die Rede bewegte sich in den üblichen chauvinistisch-sozialistischer Phrasen. Der Redner betonte auf Anfrage aus der Versammlung, daß er für uneingeschränkte Beibehaltung des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts und für völlige Wahrung des Koalitionsrechts sei.

Diese Behauptung des Herrn Dr. Semler steht im schroffsten Gegensatz zu seiner hier von ihm entfaltenen Agitation. Dr. Semler war es, der seiner Zeit die „große Aktion“ des Hamburger Reichstagswahlvereins gegen das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht einleitete und eine Resolution einbrachte und begründete, in der verlangt wurde, das Wahlrecht durch Erhöhung der Altersgrenze für die Wahlberechtigung, durch Befreiung der geheimen Stimmabgabe „oder sonst“ einzuschränken, damit nicht, wie Herr Dr. Semler sich ausdrückte, „grüne Jungen“ über die Geschichte Deutschlands entscheiden. Und was das Koalitionsrecht anbetrifft, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß Dr. Semler in diesem Punkte auf dem Boden der bismärckischen „Hamb. Nachr.“ steht. Alles in Allem ist Dr. Semler ein kleiner Scharfmachergefell. Er hat also gehörig gesunkert, als er den Oldenburgern das erzählt hat, was oben wiedergegeben ist. Das Gegentheil davon ist die Wahrheit!

Dem Genossen Paul Hug-Bant gewährte man Redefreiheit, verkümmerte sie ihm aber derart, daß er bald genug davon hatte. Das „Nordb. Volksblatt“ charakterisirt das Auftreten des Bewerbers um Oldenburg I wie folgt:

„Der neue Kandidat der Nationalliberalen zeigt nicht die Vornehmheit seines Vorgängers, des Prof. Enneccus, auch nicht dessen schlagfertige Beredsamkeit. Sein Wesen, wie der Ton und die Art seines Redens haben etwas antisemitisches, auch provokatorisches an sich. Als Advokat bringt er es fertig zu beweisen, daß das Wort Liberalismus gerade das Gegentheil von dem bedeutet, als was man gemeinhin annimmt. Sein nationales Bewußtsein, sein Deutschthum lehnte er in einer Weise hervor, wie es ein Antisemit Danail oder Liebermann von Sonnenberg nicht besser kann. Es hat dieses Hervorheben so etwas gemachtes, das den politischen Streber in der Ära des „neuesten Kurzes“ erkennen läßt. Seine Erklärung, daß er ein rücksichtsloser und eifriger Gegner der Sozialdemokratie, oder richtiger gesagt, ein Sozialistenpresser ganz gewöhnlicher Art sei, bestätigte diese Ansicht.“

Mit diesem Kaliber werden wir schon fertig werden. Das sind unfreiwillige „Handlanger“ unserer Partei!

## Vereine und Versammlungen.

Außerordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Turn-Vereins am Mittwoch, den 19. d. Mts. Der Bericht-erstatler des Festausschusses verlas das Gesuch an den Senat wegen Ueberlassung des Burgfeldes für das am 26. Juni d. Jahres geplante Kreisturnfest und den ablehnenden Bescheid. In der hieran anknüpfenden lebhaften



Debatte wurde die eigenartige Begründung scharf kritisiert und die Frage aufgeworfen, was die Feste der Arbeiterturnerschaft mit denen der Deutschen Turnerschaft zu thun hätten. Was das Scheibenschießen anlangt, so würde das Schauturnen diesem nicht im mindesten hinderlich sein, denn es sei nicht etwa geplant, große kostspielige, von leeren Plätzen strotzende Tribünen zu errichten, sondern man würde sich mit einer einfachen Stadteinfriedigung begnügen, die schon am Dienstag spätestens wieder weggeräumt wäre. Es wurde beschlossen, den Bürgerausschuß anzurufen und nachstehende Resolution hierzu angenommen:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Arbeiterturnerbundes erklärt, daß sie die Gründe, welche der Senat für die Verweigerung des Burgplatzes zu dem am 26. Juni er. geplanten Kreisfesten angegeben hat als stichhaltig nicht anerkennen kann, und ist der Ansicht, daß der Senat von irrigen Voraussetzungen hinsichtlich der Bedeutung des Festes ausgegangen

ist. Sie beantragt daher den Festausschuß, weitere Schritte zu thun, um womöglich den Bericht rückgängig zu machen.“

In der Debatte wurde betont, daß man doch anderen Vereinen den Platz bewilligt habe, warum denn den Arbeiterturnern nicht, die doch als Steuerzahler gewiß ein gleiches Anrecht hätten? Ferner wurde der Festausschuß beauftragt, sofort dem Kreisvorstande von diesem Vorläufigen Bericht zu erstatten.

### Aus Nah und Fern.

**Einmal Kalb.** Die Frau Crispis läßt sich jetzt ein Kalb als Lieblingsthier. Unlängst zog sie mit dem Kuh-Waby zu den Festlichkeiten in Palermo ein und setzte es richtig durch, daß sie für ihren Reisebegleiter keine Verzehrgeldsteuer bezahlen mußte.

**Stadttheater.** Bei der heute Montag stattfindenden Aufführung der Neuheit „Die verfluchte Glocke“ concertirt

in den Zwischenacten wieder das gelammte Orchester (46 Mitglieder) des Vereins der Musikfreunde. Morgen Dienstag wird Mozart's „Don Juan“ mit Herru Saran in der Titelpartie gegeben. Am Mittwoch findet wiederum eine Aufführung von „Die verfluchte Glocke“ statt.

### Quittung.

Für den Brechfonds gingen ein:  
Von Fiedrichsborg 1,75 M.  
Friedr. Meyer & Co

### Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:  
Von Fiedrichsborg 2,— M.  
Gesammelt auf einer Hochzeit an der Obertrabe von G. Katta 4,30 M.  
Herrnhaut, Siegmund.

Hamburg, 21 Januar  
Angew. wurden 300 Stk. ...  
57-58 M., leichte 56 57 M. ...  
54-57 M. pr. 100 Stk.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Läden der Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Gesucht eine alleinstehende Frau oder älteres Mädchen, welches den Hausstand führen muß.  
Näheres Nabenstraße 12a.

Zu vermieten  
**zwei elegante Damen-Masken-Anzüge**  
Engelstraße 23, 1 Et.

**O komme sofort!**  
Krank! Dein G. und Heim.  
**Visit-Karten**

auf ff. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an  
Liefert prompt und sauber  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

**Bitte lesen u. ausschneiden!**  
**Huxstrasse 30.**  
**Im billigen Laden!**  
**Diese Woche**

- Eine große Schachtel Buppmade für alle Me-talle, weiß, nur 8 Pfg.  
Eine große Blechschachtel Wachs 6 Pfg.  
Eine flache Kaiserstinte nur 6 Pfg.  
3 Notizbücher nur 10 Pfg.  
10 Meter Wengadiele zum Abwischen 10 Pfg.  
5 Meter weiße Bogentische 10 Pfg.  
4 Meter Patentzackensäge zum Schneiden nur 10 Pfg.  
5 Meter Wäschebänder zum Auswaschen nur 10 Pfg.  
Einen Posten bunte und schwarze schmale Spitzen zum Kinderkleiden besetzen, Meter nur 1 Pfg., zum Auswaschen.  
5 Meter Kongressstoff, zum Anfertigen, nur 10 Pfg.  
3 Meter bunte Spitzen zum Besetzen von Schürzen nur 10 Pfg.  
10 Meter weißes Band zum Besetzen und Einziehen 10 Pfg.  
20 Meter ganz schmales Einziehband nur 10 Pfg.  
3 Stück Korsettstiele nur 10 Pfg.  
25 Stück Stopfnadeln nur 10 Pfg.  
25 Stück sehr gute Nähmaschinen 5 Pfg.  
15 Stück starke Schieferstifte 10 Pfg.  
30 Stück Schieferstifte, nicht zu stark, 10 Pfg.  
12 Stücke Champannecreide 10 Pfg.  
12 Stücke Billardtreibe 15 Pfg.  
4 Stück Eberholz-Steifstifte, edig u. 2 polirt, sehr guter Zeichenstift, 10 Pfg.  
4 Stücke Buntstifte, zum Anzeichnen, 10 Pfg.  
2 Stück Putznadeln nur 1 Pfg.  
16 Stück Aluminiumstahlfedern nur 10 Pfg.  
4 Stück Theelöffel von Blech nur 10 Pfg.  
3 Stück Schlüssel, Blech nur 10 Pfg.  
2 Stücke rothe und blaue Färber- oder Signir-creide 10 Pfg.  
Ein Kopierstab nur 15 Pfg.  
2 Dp. Heuringe zu Rouleaux 15 Pfg.  
4 Dupend schwarze Hosenknöpfe 7 Pfg.  
Eine gute Golddoublee-Brosche für den billigen Preis von 48 Pfg.  
2 Dp. Hemdenknöpfe mit Nickelrand, dieselben rothen nicht, nur 10 Pfg.  
Eine Uhrkapsel, unirt Eisenblech, 18 Pfg.  
Einen Korkenzieher aus Stahl, sehr stark, 28 Pfg.  
50 Stück Gerichtscoverts 15 Pfg.  
50 Stück Geschäftscoverts 10 Pfg.  
6 Stück Nadringummi 10 Pfg.  
4 Stück Haarlödenweller aus Metall nur 10 Pfg.  
4 Stück Aluminium-Fingerhüte nur 10 Pfg.  
2 Stück Britannia-Theelöffel 10 Pfg.  
1 Federkasten aus einem Stück Hartholz 5 Pfg.  
Sowie Schenkerbüchsen, Backstuch-Küchenpinsel, Haarpfeile, Hornhaarnadeln, starke Notiz-bücher, Contobücher, Haarnadeln, Leinen- und Schürzenband, Britannia-Gabeln und -Löffeln mit Stahl einlage, Schußfentel.  
Außerdem offerire:  
Ein Posten Java-Fußmatten ganz groß, Stück 60 Pfg., kleine Stücke 40 Pfg., Gelegenheitskauf.  
50 Stück sehr schöne Photographie-Albuns für den billigen Preis von 40 Pfg. per Stück.  
Bitte benutzen Sie die Gelegenheit.  
Dann die beliebte Wochenbibliothek. Jedes Buch eine abgeschlossene Geschichte und kostet bei nur 16 Pfg.

- Erschienen sind:  
Band 1. **Das und Liebe sind eines.** Nord-friesischer Kriminal-Roman von Carl Hartmann-Blin.  
2. **Der Schatten im Glid.** Ober-bayr. Gebirgsroman von L. Klaus.  
3. **In ewiger Nacht.** — **Die Doppel-Verlobung.** 2 Novellen von Marco Brociner.  
4. **Der Wolf von Tiefenwald.** Roman von W. Egbert.  
5. **Der neue Hoch.** Humoristische Erzählung von G. Höder.  
6. **Netten.** Roman von W. Flachs.  
7. **Engenerweissen.** — **Der Onkel aus Amerika.** 2 Erzählungen von Victor Blüthgen.  
8. **Der Armenarzt** und andere Erzählungen v. Werh. von Amptthor.  
9. **Ferwege des Rechts.** Kriminal-Roman von D. d'Alma.  
10. **Der Sträfling.** Roman von M. Fiedeking.  
11. **Die Ehe der Tragödin.** Roman von L. Herzog.  
12. **Wider das eigene Herz.** Roman von Erich Rogge.  
13. **Wir sind Menschen.** Roman von Grabi.  
14. **Gestern und heute.** 2 Novellen von W. Egbert.  
15. **Auf der Schattenseite.** Roman von M. Flachs.  
16. **Schicksalsdrang.** Roman v. Oskar Georg Berger.  
17. **Neugeboren.** — **Die Telegraphistin.** 2 Novellen von Th. Eide.  
18. **Novellenkranz.** 12 Erzählungen von Renate Fischer.  
19. **Am Kreuzweg.** Novelle v. Josi Petr.  
20. **Galere und Circus.** Roman von Georg Höder.  
21. **Zwischen zwei Feuern.** 2 Erzählungen v. M. Fiedeking.  
22. **Wusste es sein?** Novelle v. G. Kattner.  
23. **Drum prüfe wer sich ewig bindet!** Roman von Carl Hallberger.  
24. **Ein Dämon.** Roman von M. Brandt.  
25. **Stille Nacht, heilige Nacht** und andere Novellen von Mr. Friedmann.  
26. **Großstadts-geschichten** von J. Bettelheim.  
27. **Mutterseelenallein.** Roman von M. Flachs.  
28. **Humoresken.** Von Ed. Moser.  
29. **Geächet.** Roman von M. Schacht.  
30. **Die Tochter des Heikers** und andere Erzählungen von Felix Villa.  
31. **Kinderdank.** Roman von E. Kronberg.  
32. **Drei Erzählungen** von Paul Blig.  
33. **Schmuggler und Rothhäute.** Roman von Gustav Höder.

Sehr interessant für Lesefreunde.

Bei Einkäufen von 3 Mark und darüber gewähre jeden Käufer 20% Rabatt.

Nur noch kurze Zeit im Laden Huxstraße, alsdann:  
**Königstrasse 123.**  
Hochachtungsvoll  
**J. Greikowska**  
Huxstraße 30.

**Ausverkauf**  
bis zum 10. Februar aller zurückgelassenen  
**Schuhe und Stiefel.**

Damen-Stiefel von 39-42, sonst 8 M., jetzt 4,50 M.  
Feine Damen-Stiefel von 35-38, sonst 6-8 M., jetzt 3,80 M.  
Starke Damen-Promenaden-Schuhe (Ladblatt) von 35-39 3 M.  
Damen-Mohleder-Schnürschuhe von 36-42 nur 2,50 M.  
Damen-Lastung-Stiefel (Ladblatt) von 36-38 nur 1,50 M.  
Heren-, Damen- und Kinder-Morgenschuhe (Leberföhle) M. 2 1,25 50-90 Pf.  
Einen großen Posten Ballschuhe von 35-42 von 1,00 M. an.

**A. Drenske Nachf., Johannisstr. 9.**

**Brauerei „Paulshöhe“**  
vorm.: A. Spitta  
zu Ostorf per Schwerin i. M.  
empfiehlt ihre aus feinstem Hopfen und Malz gebrannten  
**hellen und dunklen Lager-**  
**sowie Pilsenerbiere** (nach Pilsener Art)  
Vertreter für Lübeck und Umgegend:  
**Martin Müller**  
Königstraße 59.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebrannt), empfiehlt die  
**Adler-Brauerei.**  
Aut.: G. Teichgräber.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in der  
Schalstrasse 6 (Vorstadt St. Gertrud)  
ein

**Colonial-, Fettwaaren- und  
Delicatessen-Geschäft.**  
Indem ich schon im Voraus gute u. prompte  
Bedienung verspreche, bitte ich um geneigten Zu-  
spruch.  
**Ed. Deis.**

Lübeck, den 18. Januar 1898.  
NB. Mein bisher betriebenes Feuerungs-geschäft  
in der Gr. Burgstraße führe ich unverändert weiter.

Ihren reinigen . 1,50,  
Federn einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Huxstraße 32.

**Achtung Holzarbeiter!**

Die Mitglieder werden dringend ersucht, zu  
der am  
**Dienstag den 25. Januar**  
Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50,  
stattfindenden  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
vollständig zu erscheinen.  
Die Tagesordnung ist bereits durch Einladungs-  
zettel bekannt gegeben  
Die Lokalverwaltung.

**Klaunenöl**  
präparirt für Nähmaschinen und  
Fahrräder von  
**H. Möbius & Sohn,**  
Knochenölfabrik, Hannover.  
Zu haben in allen besseren Handlungen.

Wo gehen wir heute hin?  
Zur Parade-Künstler-Vorstellung  
im:  
**Circus Variété**  
Reuterkrug.  
Täglich:  
Auftreten von 20 erstklassigen  
Künstlern.  
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.  
Grandioser Erfolg der gesammten Künstler-  
schar.  
Letzte Woche.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag: 77. Abonnent-Vorst. 1. Abthl. Roth.  
**Don Juan.**

Die 78. Abonnent-Vorst. 6. Abthl. gelb findet  
Donnerstag statt.  
Neuheit! Größter Erfolg!  
**Die verfluchte Glocke.**  
**Speise-Halle Hansa**  
Wengstraße 24.  
Heute Dienstag: Griesuppe mit Äpfeln, gekocht.  
Schinken, Mehlspeise, Fruchtsauce, Kartoffeln.  
Mittagessen von 12-2 Uhr.



## Der Koalitionszwang in der Praxis.

Mit dem Geheimerlaß des Grafen Posadowsky ist wiederum eine Fluthwelle von Kraftausdrücken über Vergewaltigung der Arbeitswilligen, über Terrorismus der Streikenden, über Tyranney ihrer Führer ausgelöst worden. Wenn man den Geheimerlaß oder gar die daran geknüpften Ergüsse in der Stumm'schen Presse liest, so sollte man statt „in tendenziöser Weise“ Material zu sammeln, sich doch einmal über die Hauptfrage klar werden: ob es denn wahr ist, daß es bei den Streiks in Deutschland so gewaltthätig zugeht. Nun hat zwar das Reichsamt des Innern unter dem Grafen Posadowsky so wenig wie unter seinen Vorgängern für eine brauchbare Streikstatistik irgend etwas geleistet. Allein es giebt doch gewisse Anhaltspunkte, die uns zu einem Urtheil darüber verhelfen.

Seit einigen Jahren zählt die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in Hamburg die bei ihr angemeldeten Streiks. Andererseits stellt die Kriminalstatistik des Statistischen Reichsamts die Zahl der Personen zusammen, die auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung wegen Ausschreitungen bei Ausübung des Koalitionsrechts bestraft worden sind. Daraus ergibt sich folgende Tabelle:

Jahr	Streiks	Betheiligte Personen	Bestrafte Personen	Auf 1000 Bethetheiligte kommen Bestrafte
1892	73	3022	74	24,5
1893	116	9356	38	4,1
1894	131	7328	47	6,1
1895	204	14032	93	6,6
1896	483	128808	252	2,0
Summa	1007	182546	504	3,1

Es kamen also auf 1000 Personen, die an Streiks betheiligt waren, im Jahre 1893 24,5 Bestrafte, im Jahre 1896 nur 2,0. Nun wollen wir zwar auf diese Abnahme kein Gewicht legen; denn sie kann leicht davon herrühren, daß bei der fortschreitenden Organisation der Gewerkschaften von Jahr zu Jahr ein größerer Theil der stattfindenden Streiks zur Anmeldung gelangt. Allein ein desto größeres Gewicht legen wir darauf, daß im Durchschnitt der fünf Jahre auf 1000 Personen, die nach diesen Meldungen an Streiks betheiligt waren, überhaupt nur 3,1 kamen, die zu einer Bestrafung Anlaß gaben. Das heißt: trotz allen Eifers der Staatsanwälte, trotz eines Spürsinnes der Polizei, wie er sich in wenig anderen Dingen entwickelt, trotz einer immer ausgedehnter werdenden Rechtsprechung der Gerichte in den Streikbezirken, haben fast alle Streikenden die Probe ihrer Gefeklichkeit bestanden. Wenn trotz der weiten Fassung dieser Paragraphen, und trotz der noch immer ausweitenden Rechtsprechung von 1000 Streikenden nur 3 bestraft werden können, und gegen 997 nichts vorzubringen ist, so heißt das mit anderen Worten: streikende Arbeiter sind nicht anders wie andere Menschen; sie gehen im Großen und Ganzen gefekmäßig vor; nur ab und zu, wie bei jeder großen Veranstaltung, kommt auch eine Verletzung von Gesezen vor.

Nun ist aber in Wahrheit der Pro-Mille-Satz der bestraften Streikenden noch sehr viel geringer. Denn die 504 Straffälle kommen in Wahrheit nicht auf die 162,546 gewerkschaftlich gemeldeten Streikenden, sondern

auf die Gesamtzahl der Streikenden überhaupt. Wie groß diese Gesamtzahl ist, wissen wir nicht. So fragmentarisch aber auch die amtliche Streikstatistik ist, so giebt sie doch einen gewissen Anhalt, um wenigstens mit Sicherheit festzustellen, daß die Zahl der Streiks größer ist, als die gewerkschaftlichen Meldungen. In Preußen ist längere Zeit hindurch eine geheime Streikstatistik durch die Regierungspräsidenten aufgenommen worden. Bruchstücke wurden durch Oldenberg im Supplementband des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften bekannt. Da diese Statistik nach Halbjahren, April-October und October-April aufgestellt ist, so kann man sie nicht ganz genau mit der Hamburger vergleichen, welche nach Kalenderjahren geht. Setzt man aber den Zeitraum 1892—1894 ungefähr gleich dem Zeitraum von October 1891 bis October 1894, so ergibt sich nach der Statistik des Regierungspräsidenten für Preußen die folgende Tabelle:

	Streiks	Betheiligte Personen
October 1891 bis April 1892	99	7,787
April 1892 bis October 1892	99	7,878
October 1892 bis April 1893	116	55,882
April 1893 bis October 1893	74	4,070
October 1893 bis April 1894	48	2,835
April 1894 bis October 1894	127	9,754
Summa	563	88,206

Rechnet man die Zahlen von Preußen auf das Reich nach dem Verhältniß von 3 zu 5 um, so würden sich für den dreijährigen Zeitraum für das Reich ergeben 938 Streiks mit 147,010 Bethetheiligten, während die Hamburger Statistik für diese Zeit nur anführt 320 Streiks und 19,706 Bethetheiligte. Die Zahl der Bestrafte in jenen drei Jahren betrug 74+38+47=159. Danach käme auf 1000 streikende Arbeiter nur etwa ein Straffälliger. Und so wenig wir geneigt sind, jenen Nothbehelf als eine gute Statistik gelten zu lassen, soviel geht doch schon aus der unvollkommenen Statistik hervor, daß der vielberufene „Terrorismus“ in der Praxis der Streik-Bewegung eine ganz untergeordnete Rolle spielt.

Sollte eine Regierung sich nicht darüber freuen, daß die Arbeiterbewegungen so gefeklich verlaufen, statt darauf bedacht zu sein, die Strafgesetze so zu erweitern, daß nur ja eine größere Anzahl von Straffällen erzielt wird? („Frankf. Btg.“)

## Soziales und Partei-Leben.

**Hamburg-Wilhelmsburg.** Der Verbandstag der Werftarbeiter Deutschlands tagt in diesem Jahre im Lokale des Herrn Konow, Reihertstieg (Wilhelmsburg). Die Eröffnung des Verbandstages findet am Sonntag, 6. Februar, Nachmittags 3 Uhr statt. Es soll bis zum 8. Februar in Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen getagt werden. Das Lokalkomitee hat sich, da die Wilhelmsburger Schiffszimmerer sich von der Sache zurückgezogen haben, aus Delegirten des Gewerkschafts-Kartells gebildet, welche die Vorbereitungen für Logis und Empfangnahme der auswärtigen Delegirten treffen sollen. Zum ersten Male wird in Wilhelmsburg ein Verbandstag einer Gewerkschaft Deutschlands abgehalten. Mögen die Verhandlungen der Werftarbeiter dazu beitragen, daß sich die unorganisirten Arbeiter, von denen noch eine ganze Menge auf den Werften vorhanden ist, dem Verbands an schließen.

über mein Prachtstier „Esperance.“ Ist Alles nur Gesehaft. . . Gemmings! Zwei Hindernisse her!“ Mit einiger Mühe nimmt Irene die beiden Hindernisse.

„Für's erste Mal ging's ja!“ bemerkt Fulton. „Aber es muß noch viel besser werden. . . Nochmals los! Und Bügel frei! Sorgen Sie sich nicht um Mignon! Sie kennt die Sache.“

Beim vierten Mal ist Fulton zufrieden. „Bitte, noch einmal, Herr Direktor!“ bittet Irene, die bei jedem Hindernissehmen das Gefühl hat, als steige sie in die Lüfte und nur bedauert, daß die Barrieren nicht höher sind.

Wieder lacht er herzlich auf. „Nein. Genug für heute.“ Er zieht seine Uhr.

„Morgen früh punkt zehn!“ ruft er in die Arena hinein, wo eine Anzahl Herren und Damen unter Leitung des Stallmeisters eine complicirte Quadrille zu Pferde übt. „Sie können kommen, wenn Sie wollen,“ wendet er sich hierauf wieder zu Irene. „Ich werde dem Stallmeister sagen, daß er Mignon stets für Sie bereit hält. Abends steht eine Loge zu Ihrer Verfügung. Müssen den Andern noch manchen Trick ablauschen und sich vor Allem an den Anblick des vollen, hellerleuchteten Hauses gewöhnen. Adieu!“

„Adieu, Herr Direktor!“

### XII.

„Zum Rückblick mit der Spitalstraße!“ sagt Frau Forster ein paar Tage später, als sie mit Irene vor dem Circus die Pferdebahn besteigt, um von der Probe nach Hause zu fahren.

Irene nickt schweigend.

**Wienburg.** Entbehrungs-Löhne der Schiffs- rheber und Aktionäre. Die Dampfer der Rheberei Schmidt u. Hansen haben im Jahre 1897 die folgenden Resultate erzielt:

„Mars“	21 pSt., davon zur Vertheilung	15 pSt.
„Jupiter“	22	15
„Mercur“	15 1/2	12
„Juno“	18 1/2	10
„Venus“	10	12
„Pallas“	12	6

Der letztgenannte Dampfer erzielte dieses Ergebnis in 5 1/2 monatlicher Fahrt. — Für die Dampfer der Rheberei: Polm u. Molzen gelangen folgende Dividenden zur Vertheilung:

„Stern“	7 1/2 pSt.
„Specia“	5
„Wega“	12
„Gemma“	12
„Mira“	8
„Caveffa“	11
„Elektra“	10
„Taggeta“	10
„Maia“	20

neben einigen Zuschreibungen zur Reserve. — Mit diesen Zahlen vergleiche man die Löhne der Heizer, Trimmer, Matrosen u. s. w., welche in steter Lebensgefahr auf dem Meere die Gewinne der Aktionäre schaffen müssen und die Lamentationen, welche die Rheber erhoben während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks. Damals klang's fast, als stände alles, was Rheber heißt, dicht vor dem Bankrott.

Ein Trost im Leide erwächst den Landbrief-trägern. Sie sind eine gute Heirathsparthie. Das ist es, was der Staatssekretär des Reichs-Postamts in der kurzen Zeit seiner Thätigkeit bereits entdeckt und in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission zum besten gegeben hat: Der Landbriefträger mit 1000 M. Einkommen ist in Ostelbien eine gute Heirathsparthie. Wie schlecht und elend muß die arbeitende Landbevölkerung gestellt sein, wenn der Landbriefträger schon als ein erstrebenswerthes Objekt erscheint. Wir danken Herrn v. Bobbelski für diese Feststellung. Aber auf einen kleinen Irrthum in seinen Ausführungen müssen wir ihn doch aufmerksam machen: Der Landbriefträger würde den horrenden Gehaltsloß von 1000 M. erst 15 Jahre nach seiner etatsmäßigen Anstellung, das heißt, da letztere erst nach ca. 8 bis 9 jähriger Dienstzeit erfolgt, nach 23—24 jähriger Dienstzeit oder im Alter von ca. 45 Jahren erreichen. Etwas spät wird da allerdings der Landbriefträger eine gute Heirathsparthie. . .

Vom Petroleum-Monopol schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Die Fehler, die dem Vertrauen des Staatssekretärs Posadowsky zur Monopolleitung entsprangen, machen sich jetzt fühlbar. Die deutschen Filialen der Standard Oil Company sind augenscheinlich durch den ganzen Verlauf der Angelegenheit so ermutigt worden, daß sie alle Rücksichten gegen den Handel hintansetzen und mit Gewalt auf die weitere Ausdehnung des Monopols hinarbeiten. Denn anders kann man es unmöglich bezeichnen, wenn sie jetzt den nicht unterworfenen Beziehern die Abgabe von Del in Waggons oder Cisternen rundweg unter nichtigen Vorwänden verweigern und sie zu dem weit theureren Stückgutverkehr zwingen. Bei einem Gegenstand, der wie Petroleum zu bestimmten Preisen weitergegeben werden muß, bedeutet dieses Verhalten den ganz unverhüllten Ausschluß

Auch sie möchte „Zum Rückblick mit der Spitalstraße!“ ausrufen.

Die Gegend ist keine angenehme. An Markttagen ist es kaum möglich, sich durch das Gedränge von Händlern, Käufern und Wagen hindurchzuschlängeln. Schimpfen, Schreien, Fluchen ist an der Tagesordnung. Sonst ist an der Spitalstraße nichts Bemerkenswerthes — höchstens der aufdringliche Geruch von gekochtem Kohl und gebratenen Heringen, der aus jedem Hause dringt.

Dies Alles behagt Irene's verfeinertem Geschmack wenig, am wenigsten jedoch, daß die Spitalstraße über eine Stunde vom Circus entfernt liegt und nur durch langes Fahren und darauffolgendes viertelstündiges Laufen zu erreichen ist.

Am liebsten möchte sie im Circus selbst wohnen. Mit Leib und Seele giebt sie sich ihrem neuen Berufe hin. Sie liebt jedes einzelne Pferd und findet jeden Platz, auch den düstersten, im Circus entzückend — selbst bei Tage, wo Alles grau in grau aussieht.

So lange sie in der Spitalstraße wohnt, kann sie von der Erlaubniß des Direktors, recht häufig in der Arena zu reiten, nicht genügend Gebrauch machen. Frau Forster kommt stets zu spät zur Probe und geht so früh wie irgend möglich wieder fort. Irene hingegen steht stets eine halbe Stunde vor der Zeit fix und fertig da und verfolgt mit Ungeduld die Zeiger der Uhr.

So lange sie in der Spitalstraße wohnt, fühlt Irene sich verpflichtet, mit Frau Forster gemeinsam den Weg nach dem Circus zurückzulegen. Wenn sie in der Nähe desselben wohnt, gleich allen übrigen Mitgliedern, könnte sie, unabhängig von den Leuten der Freundin, kommen und gehen, wie es ihr beliebt.

Von Herzen stimmt sie bejahend dem Wunsche der

## Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(19. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

„Recht so!“ lobt Fulton, als Irene mit leuchtenden Augen ihr Pferd vor ihm zum Stehen bringt. „Wird sich schon machen! Mignon versteht Sie bereits!“

Lächelnd lätschelt Irene den Kopf des Pferdes, das stampfend und die Nüstern blähend dasht. Dann blickt sie Fulton an. Sie mag den Mann leiden — trotz seines familiären „liebes Kind.“ Seine Formlosigkeit gefällt ihr besser, als die studirte Liebenswürdigkeit manches Modeherrn.

„Was ist?“ ruft sie plötzlich, indem sie unwillkürlich mit dem Taschentuch übers Gesicht fährt. „Bin ich irgendwo schwarz?“

Er lacht.

„Nein, Kind. Alles in Ordnung. Ich sah mir nur Ihren Teint an. Lassen Sie sich niemals Ihr Gesicht anstreichen, verstehen Sie? 's wär' schade drum. Und keine Haarbrennerei und Lospireirei! Die paar Lösschen, die ganz natürlich in die Stirn fallen, sind gerade genug. Schminke und Brenneisen sind für Andere, dies's nöthig haben. Die reiche, goldbraune Farbe Ihres Haares kontrastirt wunderbar mit dem matten Weiß Ihrer Stirn, und der Glanz Ihrer Augen —“

„D bitte — nicht!“ unterbricht ihn Irene erröthend.

„Mein liebes Kind, Sie müssen mir schon erlauben, genau so sorgfältig über Ihr Aeußeres zu machen, wie



es selbständigen Zwischenhandels, das ist also die Schließung des Monopolrings. Und das wenige Wochen nach den feierlichen Erklärungen im Reichstag, nachdem ein Staatssekretär des Reiches sich vor der Volksvertretung für die guten Zukunftsabsichten des Monopolisten quasi verbürgt hatte. Es ist schwer, einen parlamentarischen Ausdruck für dieses Verhalten zu finden. Sind aber die Petroleumpreise gestiegen. Das interessiert die große Masse der Verkäufer.

### Aus Nah und Fern.

**Hamburg.** Eine große Diebs- und Hehlverbände stand am Donnerstag vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichtes. Die Seele der Gesellschaft ist der berühmte Einbrecher Henry Carlson. Er ist ein gelernter Mechaniker und hat bei seiner Einbrecherarbeit eine kaum glaubliche Geschicklichkeit an den Tag gelegt. Die übrigen Angeklagten waren der Maler Ludwig Lambert, der Tapezier Willy Carlson, ein Bruder des ersten Angeklagten, der Kutcher Gustav Ab. Böschke, der Mechaniker Karl Severin Planet, die sämtlich wegen wiederholten, theils einfachen, theils schweren, theils bandenmäßigen Diebstahls, und der einfachen Hehlerei angeklagt sind, und schließlich der Schuhmacher Ernst Heinrich Christian Jacobsen, der der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei angeklagt ist. Seit Sommer 1896 wurden in Bissdorf, Harvesthude, Rotherbaum, Eppendorf, Hohelnst, Eimsbüttel sehr viele Diebstähle ausgeführt, wobei den Dieben Sachen aller Art in sehr hohem Werthe in die Hände fielen. Meistens wurden die Diebstähle in der Weise ausgeführt, daß sich die Diebe durch Einsteigen in die Keller vollenartiger Häuser in die Wohnungen begaben und hier in ebenso geschickter, wie energievoller Weise ihre „Arbeit“ verrichteten. Mehrfach waren die Einbrüche dadurch bewerkstelligt, daß die Diebe in Veranden Fensterstößen zertrümmerten und dann einstiegen. Trotz der bekannten „sieberhaften“ Thätigkeit der Polizei gelang es bisher nicht, den Dieben auf die Spur zu kommen. Erst im April v. Jz. wurde Henry Carlson und bald nachher auch die übrige Gesellschaft dingfest gemacht. Das Urtheil lautete auf Freisprechung für Böschke, Henry Carlson erhielt 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und soll außerdem unter Polizeiaufsicht gestellt werden, Lambert wurde zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt, Willy Carlson unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft zu 4 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust, Planet unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft zu 2 Jahren Gefängnis, Jacobsen wegen eines Falles der einfachen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust. Jacobsen wurde sofort in Haft genommen.

**Altona.** Die fleigreichen Helgoländer. Die „Köln. Volksz.“ läßt sich berichten: Der Proceß der Helgoländer gegen den Marine-Fiskus, der seit etwa zwei Jahren der Entscheidung harret, geht nunmehr seiner Erledigung entgegen. Nachdem in letzter Zeit wiederholt Bestätigungen auf Helgoland vorgenommen worden sind, hat die eingesetzte Sachverständigenkommission kürzlich ihr abschließendes Gutachten erstattet. Ein Theil der in Frage kommenden Grundbesitzer, die ihr Besitzthum für die Zwecke der Befestigung Helgolands hergeben mußten, haben erhebliche gänstlichere Bedingungen erzielt, als ihnen das Reichsmarine-Amt bewilligen wollte, andere haben sich jedoch mit weniger begnügen müssen, als sie forderten. Im Ganzen sind die Entschädigungen, die auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens gezahlt werden müssen, ganz erheblich höher, als die des Antrages des Marine-Amtes. Die Gesamtsumme soll sich auf annähernd zwei Millionen Mark belaufen. — Ein Beweis, daß

einerseits der Fiskus recht zäh war, andererseits, daß Helgoland den Steuerzahlern ein „theurer“ Fleck Erde wird!

„Ein Knab in den Schornstein gefallen“ lautete in Berlin am Abend des 18. Januar das Signal, welches zwei Jüge der Feuerwehr nach dem Hause des Steinsehmeyers Kuhlbrodt rief. Dort wohnt vier Treppen hoch der Schlächtermeister Warich, welcher einen 9 Jahre alten Sohn hat. Dieser bestieg gestern Abend das Dach des knifftöckigen Hauses und fiel, mit den Beinen nach unten, in den Schornstein. Der Knabe glitt bis zur ersten Etage hinab und blieb hier hängen. Die Anwohner vernahmen bald ein Wimmern. Schnell war das ganze Haus allarmirt und nach kurzer Zeit rückte die Feuerwehre an, welche ein Loch in den Schornstein schlug und den Knaben daraus hervorholte. Der Junge hatte sich etwa eine Stunde in der fürchterlichen Situation befunden und brach ohnmächtig zusammen; er hatte reichlich Rauch geschluckt und war dem Tode nahe.

**Das Mastschwein der Nation.** Genosse Richard Fischer zitierte in seiner trefflichen Reichstagsrede am 20. d. Mts. einen wenig bekannten Ausspruch des Kaisers Napoleons I. zur Charakterisirung gewisser Staats-oberhäupter. Die Veranlassung zu diesem zwar nicht sein klingenden, aber um so treffenderen Ausspruch war folgende: Nach dem Staatsstreich am 18. und 19. Brumaire des Jahres VIII (9. und 10. November 1799), den Napoleon Bonaparte in Gemeinschaft mit den beiden Direktoren Sieyès und Roger-Ducos, seinem und deren Anhang ausführte, arbeitete der einstmalige Abbe Sieyès eine neue Verfassung für die französische Republik, an deren Spitze Napoleon Bonaparte stehen sollte. Nach dieser Verfassung sollte Bonaparte als Proklamator (Großwähler) die vollziehende Gewalt in Händen haben, unabsehbar und unverantwortlich sein, die Nation nach Außen vertreten, die Regierung aus einem beratenden Staatsrath und einem verantwortlichen Ministerium bilden, die Staatsbeamten ernennen, im Uebrigen aber nicht die Regierung führen, sondern die dem Staatsrath und Ministerium überlassen. Er sollte also die gleiche Rolle spielen, die fast alle modernen „Staats-häupter“ in Europa verfassungsmäßig bekleiden sollen. Seine Hauptbeschäftigung sollte im Einklang mit einer Zielliste von sechs Millionen und deren Verzehrung bestehen. Eine derartige Position behagte dem ehrgeizigen, herrschsüchtigen und thalendurlichen Bonaparte natürlich durchaus nicht. Er wollte alle Gewalt in seiner Hand vereinigt wissen. Als Sieyès ihm diese Verfassung unterbreitete, meinte Bonaparte in Bezug auf die ihm nach derselben zugedachte Stellung: „Wie haben Sie sich einbilden können, daß ein Mann von einzigem Talent und einiger Ehre sich zu der Rolle eines Mastschweines mit einigen Millionen verstehen werde?“ Die Sieyès'sche Verfassung wurde denn auch durch Bonapartes Einfluß zu der Konstitutionsverfassung des Jahres VIII umgestaltet, nach der an Stelle des „nationalen Mastschweines“ der allmächtige erste Konsul in der Person Bonaparte trat.

**Wo der Pfaffe die Herrschaft ausübt.** Das Organ des westfälischen Bauernvereins, „Der Westfale“, ein gut katholisches Blatt, erzählt folgende Geschichte: „Ein katholischer Pfarrer des Münsterlandes rühmte sich einem um bekannten Herrn gegenüber, daß er den „Westfalen“ in seiner Pfarrei einfach nicht dulde; so etwas gebe es nicht. Auf die Frage, wie er denn das mache, entgegnete der freimüthige Pastor: Wenn ich höre, daß ein Bauer oder Kötter das Blatt hält, so gehe ich hin und sage: „Du schaffst sofort das Blatt ab!“ Auf die weitere Frage, ob das denn auch stets gelinge, lachte der hochwürdige Herr: „Na, das wäre ja noch besser!“ Ein Kaplan auf dem Lande warnte sogar vor dem bösen „Westfale“ bei der Kinder-Katechese in der Kirche, als er das Kapitel über das Lesen

schlechter Bücher erläuterte. Er machte das ganz nach der sokratischen Methode: „Kasperchen, welches Blatt hält z. B. Dein Vater?“ „Den „Westfale!“ „Sehr gut, ein vorzügliches Blatt!“ „Benneken, was lest Ihr zu Hause?“ „Den „Münsterischen Anzeiger!“ „O, das geht auch noch an!“ „Folgender: Alois, was habt Ihr für ein Blatt?“ Der kleine Alois im Vollbewußtsein seiner Unschuld: „Den „Westfale!““ „Das ist nicht recht! Das Blatt schrieb nenlich, es sei langweilig, immer am Kulturkampf-knochen zu nagen.“ — Diese Praxis der Geistlichkeit, kraft ihrer Stellung und ihres Amtes unbehagliche Blätter zu unterdrücken, ist uns ja nicht Neues. Obige Notiz verdient aber besonders vermerkt zu werden, weil sie aus gut katholischen Kreisen stammt.

**Das Märchen des Ritualmordes** ist am Niederrhein wieder aufgebracht worden. Eine israelitische Frau Herz in dem Orte Issum, Kreis Geldern, rief den aus der Schule kommenden 9-jährigen Knaben Karl Hilb an, um sich von ihm einige Lampengläser besorgen zu lassen. Während die Frau die Lampen herbeiholen wollte, lief der auf dem Haukeflur harrende Knabe davon und erzählte seinen Eltern und Schulfameraden, die Judenfrau habe ihn „schlächtern“ (schlachten) wollen. Der Vater, der Weber Wilhelm Hilb, brachte die Sache zur Anzeige und in Issum entstand eine „bedrohliche“ Aufregung. Vor dem verehrenden Bürgermeister Heckmann machte der Knabe überraschend detaillierte Angaben über das gegen ihn geplante Attentat. Natürlich verwickelte sich die kindliche Phantasie in Widersprüche, und der junge Lügenbold gestand nach wiederholter Vernehmung ein, daß Alles erdichtet sei. Frau Herz mußte sich zur Befestigung der von ihr gemachten Angaben sogar eine ärztliche Untersuchung gefallen lassen. Indessen ist dem energischen Eingreifen des Bürgermeisters die schnelle Erledigung der Angelegenheit zu danken. Die Antisemitenblätter richteten sich schon für zweckentsprechende Verwerthung des „Falles“ ein. Wenigstens schrieb das Krefelder Organ dieser Partei, es seien, ähnlich wie seinerzeit bei dem Kanlener Mord, einige fremde Juden in der Nähe von Issum verhaftet worden. Man sieht, die Exposition war richtig geschaffen, nur die Weiterführung klappte nicht.

**Das 200-jährige Jubiläum** seines Anbaues feierte im letzten Jahre der Taback in der Pfalz und im angrenzenden Hessen. Man rauchte ihn zunächst als Heilkräuter, dem ganz besondere medizinische Kräfte zugeschrieben wurden. In einem Kräuterbuche von 1686 heißt es: „Der Taback macht Niesen und Schlafen, reinigt den Gaumen und die Haut u. A. m.“ Doch dachten Andere darüber wieder anders und es wurden in manchen deutschen Ländern Rauchverbote erlassen. Bald jedoch änderte sich das Vorurtheil. Bereits 1630 wurde in Bayern und Thüringen Taback gebaut. Seine Kultur verbreitete sich 1681 nach Brandenburg und 1697 nach Hessen und in die Pfalz.

**Ein Logiker.** Lehrer: „Was müssen wir thun, Inhaand, ehe uns unsere Sünden vergeben werden?“  
Johann: Sündigen, Herr Lehrer!“ —  
(„Jugend“.)

### Litterarisches.

**Zu freien Stunden,** Illustrirte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“) Preis pro Heft 10 Pfennig bringt in Heft 2 und 3 des zweiten Jahrganges die Fortsetzung des großen Romans aus dem Bannort: Der Böhmer von Klausen von J. v. Wildenabt. Von dieser ebenso guten wie billigen Romanbibliothek bringt im neuen Jahrgang jedes Heft ohne Preisanschlag 24 Seiten Roman-Text (bisher nur 16) und zwei Seiten kleines Feuilleton. Die Illustrationen zu dem neuen Roman sind nach den vorliegenden drei Heften nicht bloß sehr zahlreich, sondern auch wahrhaft künstlerisch ausgeführt. Neben dem Roman enthalten die Hefte 2 und 3: Die Biographien des Dichters und Zeichners des Romans. Ferner: Der Bettler. Ein Gedicht in Prosa von J. Tannenbaum. — Er ward doch Musiker. Eine Epitaphie aus dem Leben Gounods. — Dies und Jenes (Feuilletonistische und kulturhistorische Notizen). — Wig und Scherz.

Anderen bei, die Wohnung zu wechseln und nach der Circusstraße zu ziehen.

Die Häuser in der Circusstraße sehen alle gleich aus. Eine schmale Freitreppe führt von der Straße her zum Erdgeschos, wo der Hausbesitzer mit Frau und zahlreichen Kindern wohnt. Im ersten Stockwerk ist ein langer Korridor, von welchem aus Thüren in die einzelnen Zimmer gehen. Von diesen sind hies zwei miteinander verbunden: kleines Schlafkabinett und größerer „Salon“. Der Salon weist einen runden Tisch auf nebst Sopha, vier Sesseln und einer Kommode. An dem einen Fenster steht ein kleinerer Tisch mit Wachsbüchsen unter einer Glasglocke. Ein paar von früheren Miethern geschenkte Photographien und einige billige Vasen vervollständigen das nichts weniger als originelle Ensemble. . . . Im Schlafkabinett stehen zwei Betten, zwei Rohrstühle, ein Schrank, ein Toiletentisch und ein eiserner Waschtänder. Damit ist der Raum so beengt, daß man sich kaum rühren kann.

„Nun?“ fragt Frau Forster Irene, als sie sich ein halbes Duzend solcher „Wohnungen“ angesehen haben.

Irene findet, daß die eine genau so gut ist wie die andere. Sie miethen deshalb die dem Circus zunächst liegende für fünf Dollars die Woche und ziehen sofort mit Sach und Pack ein. In der Spitalstraße müssen sie die Miethe für eine Woche draufzahlen, weil sie vorher nicht gekündigt haben.

Irene ist glücklich und zufrieden. Vom Fenster aus sieht sie ihren Circus, und sie kann hinüber schlüpfen, so oft es ihr beliebt. Zwar wünschte sie, das Aufwärtsmädchen wüsste sich sauberer und die Kinder im Erdgeschos schrien etwas weniger — aber was sind diese kleinen Unannehmlichkeiten gegenüber jenen großen Vorzügen!

Auf Wunsch kocht die Hauswirthin auch für ihre Mieter — eine neue Freude für Irene, die sich nun nicht mehr über einen verbrannten Braten oder eine ver-salzene Suppe aufzuregen braucht.

Nun liegt Frau Forster, wenn sie nicht im Circus beschäftigt ist, den ganzen Tag auf dem Sopha, raucht Cigarretten und liest verschiedene Romane. Irene kommt nur noch zum Essen und Schlafen aus dem Circus nach Hause.

Von morgens bis abends reitet sie in der Arena. Bald fühlt sie sich vollständig eins mit ihrem Pferd, welches ihrem leisesten Wink gehorcht.

So vergehen ein paar Wochen. Irene's erstes Auftreten ist für nächsten Montag festgesetzt. Sie mag gar nicht daran denken; ihr ist, als müsse ihr das Herz springen vor Erregung.

Am Sonnabend probirt sie die eigens für sie angefertigten Costüme an. Doch ihr Entzücken bildet das dunkelblaue Tuchcostüm mit weißseidenen Aufschlägen und Silberborde, welches sie bei ihrem ersten Auftreten in einer Jagdszene tragen soll.

Der heißersehnte Montag Abend ist endlich da.

Irene steht mit sieben anderen Damen in gleichen dunkelblauen Tuchcostümen in der Garderobe und harret des Rufes, der sie zum ersten Mal vor ein großes Publikum in die Arena führen soll. Sie begreift die Gleichgültigkeit der Kolleginnen nicht, die sich lachend und geräuschvoll von ihren Verehrern, ihren neuesten Toiletten und von ähnlichen wichtigen Dingen erzählen lassen.

Jetzt ertönt ein Glockensignal. Eilige Schritte werden hörbar.

„Alle Damen in die Arena zum Parademarsch!“ ruft die durchdringende Stimme des Meldejungens durch den langen Korridor.

Hastig stürzt Irene hinunter. Wieder begreift sie nicht, daß die Anderen nur langsam, widerwillig, hin- und herschwägend zum Hinabsteigen zu bewegen sind.

Die Ouverture hat soeben begonnen. Dampf und verworren schallt die Orchestermusik durch die geschlossenen Thüren.

Jetzt wird sie lauter. Das große Thor muß geöffnet worden sein.

Irene wirft im Vorbeigehen noch rasch einen Blick in den Spiegeln, um zu sehen, ob die weiße Perücke richtig sitzt.

Im großen Mittelhof ist Alles Leben und Bewegung. Pferde werden vorgeführt; costümirte Damen und Herren gruppieren sich oder besteigen ihre Thiere. Dazwischen die kurzen Befehle des Stallmeisters. . . .

Jetzt erkennt sie mitten in einem Knäuel von Menschen und Thieren Mignon. Wie ist es nur möglich, dorthin zu gelangen?

Doch da steht das Pferd auch schon neben ihr. Von kräftigen Armen fühlt sie sich in den Sattel gehoben und nach vorne geführt. Dabei passirt sie Frau Forster, welche ein böses Gesicht zieht, da ihr ein Platz in der Mitte der Colonne angewiesen wurde.

Die Ouverture ist verklungen. Alles still, bis auf das Gemurmel unzähliger Stimmen und das Stampfen der ungeduldigen Thiere. Im nächsten Augenblick dröhnen die bekannten drei Trompetenstöße. . . . Langsam bewegt sich der Zug vorwärts.

Fortsetzung folgt.